

SEIT
1946

3/2018

ZUKUNFT

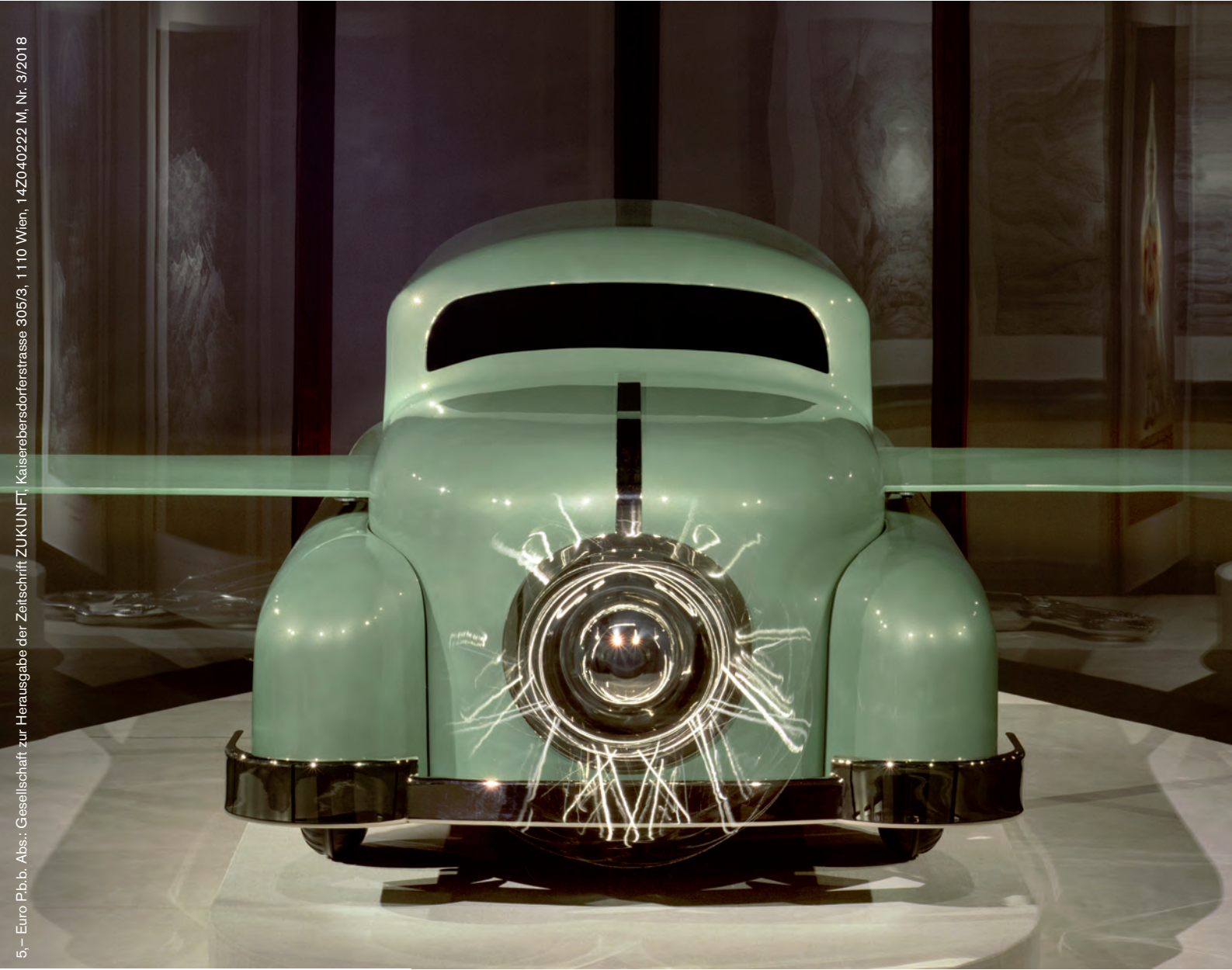
DIE DISKUSSIONSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, GESELLSCHAFT UND KULTUR

Rechte Machenschaften
rund um den BVT

Vom System
zur Alternative
Max Lercher

Von der Selbsttäuschung
zur Emanzipation
Wolfgang Edelmüller

Sonntagspredigt oder Werkzeug
zum politischen Handeln?
Josef Falkinger



5,- Euro P.b.b. Abs.: Gesellschaft zur Herausgabe der Zeitschrift ZUKUNFT, Kaiserebersdorferstrasse 305/3, 1110 Wien, 14Z040222 M, Nr. 3/2018

Ydessa Hendeles.
Death to Pigs
KUNSTHALLE WIEN

EDITORIAL

Dass Österreich sich nicht an der aktuellen Ausweisungswelle russischer Diplomaten beteiligt, hat v. a. in den sozialen Medien für heftige Kontroversen gesorgt. Während manche in der Unterlassung einen Kniefall vor Russlands Präsident Putin orten, versucht Außenministerin Karin Kneissl öffentlich in die Rolle der »Brückenbauerin« zu schlüpfen. Dass der ehemalige öVP-Finanzminister Schelling zeitgleich als Berater des staatlichen russischen Erdgaskonzerns Gazprom anheuert, ist wohl dazu geeignet, ein schiefes Licht auf die angeblich so hehren Motive der schwarz-blauen Regierungskoalition zu werfen. Doch tatsächlich stellt sich die Frage, welchen Zweck das Spiel der Diplomaten-Ausweisung eigentlich erfüllen soll. Eine Schwächung von Putins Position hat es nachweislich nicht bewirkt – BeobachterInnen gehen davon aus, dass der Konflikt mit Großbritannien Putin geholfen hat, die Wahlbeteiligung bei den russischen Präsidentschaftswahlen zu steigern. Und nicht nur die britische Opposition weist darauf hin, dass die westlichen Regierungen milliarden schweren russischen Oligarchen auch weiterhin den roten Teppich ausrollt und – so wie die britische konservative Partei – millionenschwere Parteispenden annehmen. Gerade im Umgang mit Russland täte es Not, die Heuchelei der vergangenen Jahre abzulegen. Die friedliche Entwicklung Europas braucht ein neues Verhältnis zu Russland, das es unterlässt, die Autobahnen panzerfit machen zu wollen, das aber auch nicht alle Augen vor schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen verschließt, wenn der Gasrubel rollt.

Dass aber keineswegs nur in Russland rechtsstaatliche Standards gefährdet sind, stellen aktuell die Vorgänge rund um das BVT unter Beweis. Die zu Tage getretenen Widersprüche in den Rechtfertigungen für diesen in der Geschichte der Zweiten Republik einmaligen Einsatz der Staatsgewalt machen eine Aufklärung dringend geboten. Um über die verwirrenden Vorgänge und ihre Tragweite einen Überblick zu erhalten, hat die Redaktion des Kontrast-Blogs eine Zusammenfassung erstellt, die wir an den Anfang dieser Ausgabe setzen.

Ansonsten liegt der Schwerpunkt dieser Ausgabe auf der Debatte um das neue Parteiprogramm:

An der Spitze der Beiträge steht ein Diskussionsbeitrag des neuen SPÖ-Bundeschäftsführers **Max Lercher, der die Programmdiskussion** für eine Standortbestimmung der Sozialdemokratie und eine klare Kampfansage nutzen will. Die SPÖ müsse wieder **vom System zur Alternative** werden.

Wolfgang Edelmüller argumentiert in seinem Beitrag zum **Parteiprogramm**, warum die Sozialdemokratie mit der Selbsttäuschung über vermeintlich positive Aspekte des »Dritten Wegs« aufräumen müsse, um die Ursachen der aktuellen Schwäche der europäischen Sozialdemokratie zu verstehen und offensive in die Zukunft zu blicken.

Und **Josef Falkinger** zeigt, anknüpfend an Max Lerchers Forderung nach mehr Klartext in der Sozialdemokratie, auf, dass das **Parteiprogramm** neben einer gelungenen Analyse mehr Klarheit und **Konkretheit in wirtschaftspolitischen Macht- und Verteilungsfragen** zeigen und auf nationaler Ebene zu handeln beginnen müsse, um Fortschritte auf europäischer Ebene zu erzielen.

Ludwig Dvořák analysiert den Verlauf der **Brexit-Verhandlungen** und der innenpolitischen Debatte in Großbritannien. Premierministerin Theresa May meidet nach wie vor jede konkrete Festlegung. Ein baldiger Regierungswechsel bleibt die wichtigste Voraussetzung für ein vernünftiges Verhandlungsergebnis.

Schließlich runden die **Buchtipps** diese Ausgabe ab.

Wir wünschen viel Vergnügen beim Lesen und Schauen!

LUDWIG DVOŘÁK
Gf. Chefredakteur

Inhalt



Ydessa Hendeles, Detail aus THE BIRD THAT MADE THE BREEZE TO BLOW, 2006–2011

Ydessa Hendeles, THE BIRD THAT MADE THE BREEZE TO BLOW (Aero-Car No. 500), 2011: Detail aus THE BIRD THAT MADE THE BREEZE TO BLOW, 2006–2011, Installationsansicht: König Galerie, Berlin, 2012, © Ydessa Hendeles, Courtesy die Künstlerin, Foto: Robert Keziere

**6 Rechte Machenschaften
rund um den BVT**

Parteiprogramm

14 Vom System zur Alternative
VON MAX LERCHER

**20 Sonntagspredigt oder Werkzeug
zum politischen Handeln?**
VON JOSEF FALKINGER

**28 Von der Selbsttäuschung
zur Emanzipation**
VON WOLFGANG EDELMÜLLER

34 Labours Brexit-Debatte
VON LUDWIG DVOŘÁK

40 Buchtipps
Sachliches und Belletristisches

Rechte Machenschaften rund um den BVT

Es klingt wie aus einem Krimi und gefährdet die innere Sicherheit Österreichs: die Affäre um das Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT). Es geht um unverhältnismäßigen Polizeieinsatz, Daten von Rechtsextremen und Parteibuchwirtschaft im Innenministerium. Ein Überblick der Redaktion des Kontrast-Blogs.

Mittwoch, 28. Februar 2018, 9.00 Uhr. Polizeibeamte der Eingreiftruppe gegen Straßenkriminalität (EGS) stürmen das BVT-Gebäude im dritten Wiener Gemeindebezirk. Dort und in Privatwohnungen von Beamten des Verfassungsschutzes führen sie Hausdurchsuchungen durch. Wohlgemerkt handelt es sich hierbei um PolizistInnen, die normalerweise Drogendelikte aufklären. Bei diesen Durchsuchungen werden auch Dateien über einen aktuellen Neonazi-Fall mitgenommen und kopiert. Was nach dem Ende einer Tatort-Folge klingt, ist der Höhepunkt eines ausgewachsenen Polizei- und Justiz-Skandals, der von Profil und Standard aufgedeckt wurde.

1. GRÜNDE FÜR DIE HAUSDURCHSUCHUNGEN

Zum besseren Verständnis lohnt es sich, die Gründe der Hausdurchsuchungen zu beleuchten. Im Wesentlichen ermittelt die Staatsanwaltschaft wegen Amtsmissbrauch und Datenvergehen. Es geht um ein Dossier mit folgenden Vorwürfen: (1) hausinterne, möglicherweise kriminelle Vorgänge im BVT, (2) die nicht erfolgte Löschung von Daten eines Wiener Rechtsanwalts, (3) die Weitergabe von nordkoreanischen Passmustern an ausländische Geheimdienste.

Anonymes Dossier

Der umstrittene Einsatz wurde von der Wirtschafts- und Korruptions-Staatsanwaltschaft beantragt. Sie stützen sich in ihren Ermittlungen auf mehrere Zeugenaussagen, darunter soll auch ein ehemaliger Mitarbeiter des BVT sein. Laut Standard- und Profil-Recherche könnte es sich hierbei um den Urheber eines im Frühjahr 2017 verschickten anonymen Dossiers handeln. Dieses wurde an StaatsanwältInnen, PolitikerInnen und JournalistInnen übermittelt. Darin werden mehrere BVT-Beamte schwerwiegend belastet. Die Vorwürfe richten

sich gegen ein öVP-Netzwerk, das sich zwischen BVT und Innenministerium breitgemacht haben soll. Im 39 Seiten fassenden Papier ist die Rede von Amtsmissbrauch, veruntreuten Steuergeldern, exzessiven Privatpartys, Datenvergehen und sexuellen Übergriffen an Mitarbeiterinnen. Das Dossier wurde medial nie publik, da sich nach intensiver Recherche von mehreren Medien, zahlreiche Beschuldigungen als unzureichend belegt oder überzogen herausstellten. Die Tageszeitung Standard und das Magazin Profil konnten etwa den Verdacht, dass der ehemalige Kabinettschef des Innenministeriums, Philipp Ita, illegale Waffen und NS-Devotionalien besessen haben soll, widerlegen. Laut Falter-Recherche gehen BVT-Beamte davon aus, dass es sich bei dem Urheber des Pamphlets um Martin Weiss handelt. Weiss ist Leiter der wichtigen Abteilung 2 im BVT und steht kurz vor seiner Karenzierung. Er soll sich mit dem Generalsekretär des Innenministeriums, Peter Goldgruber, in der US-Botschaft getroffen haben, um ihn mit Infos über den amtierenden Direktor Peter Gridling zu versorgen.

Amtsmissbrauch, wegen nicht vorgenommener Löschung von Daten

Gegen den Wiener Rechtsanwalt Gabriel Lansky wurde wegen Spionage für die kasachische Regierung ermittelt. Er wurde verdächtigt, den kasachischen Geheimdienst KNB mit parlamentarischen Akten zum Fall Aliyev versorgt zu haben. Das BVT bekam schon vor Jahren mehrere Gigabyte an Daten zu diesem Fall zugespielt. Das Verfahren wurde mittlerweile eingestellt und die Löschung der Daten vom Gericht angeordnet. Genau das ist aber nicht passiert. Das BVT hat die Daten behalten. Und mehr noch: Sie sollen laut anonymen Anzeigen an den öVP-Parlamentsklub weitergegeben worden sein. Diesbezüglich wurden auch bereits am 29. Jänner zwei öVP-Mitarbeiter von der Staatsanwaltschaft befragt, wie Stan-

ard- und Profil-Recherchen zeigen. Deshalb stehen die Vorwürfe des Amtsmissbrauchs und Datenvergehens im Raum. Die Reaktion der ÖVP, dass sie weder im Besitz der Daten sei, noch Hausdurchsuchungen stattgefunden hätten, lässt Raum für Spekulationen. Der Verdacht drängt sich auf, dass sie zwar heute nicht mehr im Besitz der Daten ist, aber es in der Vergangenheit sehr wohl war.

Affäre um nordkoreanische Pässe

2016 fertigte die Österreichische Staatsdruckerei 20.000 biometrische Reisepässe für das nordkoreanische Regime an. Das BVT organisierte die Weitergabe von 30 dieser Dokumente an südkoreanische Sicherheitsbehörden. Das damals von Wolfgang Sobotka geführte Innenministerium erklärte damals: Die Operation sei Teil einer internationalen Kooperation gewesen und rechtlich völlig sauber. Heute stellt sich in den Augen der Staatsanwaltschaft diese Aktion als nicht mehr ganz so korrekt dar und es wird ermittelt. Verdacht: Verletzung der Rechte Nordkoreas. Außerdem ist nicht klar, ob wirklich südkoreanische Behörden die Pässe erhalten haben oder ein mit Südkorea befreundeter Nachrichtendienst. Bei Letzterem würde es sich wohl um einen US-Geheimdienst handeln, wie die Presse von einem Informanten erfahren haben will.

2. DURCHFÜHRUNG DER HAUSDURCHSUCHUNGEN

Diese Vorwürfe haben nun zu den Hausdurchsuchungen vom 28. Februar geführt. Genehmigt wurden diese in einer Nacht- und Nebel-Aktion am Vortag um 22.30 Uhr. Gute zehn Stunden später stürmen 80 Mann der Einsatztruppe gegen Straßenkriminalität EGS das BVT und mehrere Privatwohnungen. Auffällig ist, dass normalerweise die Cobra für solche Einsätze zuständig ist und nicht die EGS, die sich eigentlich mit TaschendiebInnen und DealerInnen beschäftigt. Leiter der EGS ist der FPÖ-Gemeinderat Wolfgang Preiszler. Einen Einsatz der Cobra hätte wiederum deren Chef Bernhard Treibenreif, ÖVP-Fraktionsobmann in Bad Erlach, geleitet. Ein FPÖ-kritischer Blog hat herausgefunden, dass EGS-Chef Preiszler auf seiner Facebook-Seite rassistische Inhalte, rechtsextreme Seiten, Beiträge von vorbestraften Rechtsextremen und Postings prominenter Staatsverweigerer geteilt haben soll – das belegen Screenshots von seiner Seite. Deswegen ermittelt nun auch die Staatsanwaltschaft gegen Preiszler. Tatverdacht: Verhetzung.

Das Justizministerium wusste zu dieser Zeit nichts vom Einsatz. Der Generalsekretär des Justizministeriums, Christian Pilnacek, hat erst Stunden später davon erfahren und erklärt,

er hätte gerne nach besonneneren Alternativen zu Hausdurchsuchungen gesucht. Sehr wohl informiert war aber ein anderer Generalsekretär, nämlich der von Innenminister Herbert Kickl, Peter Goldgruber. Goldgruber wiederum kennt Wolfgang Preiszler seit Jahren. Der Generalsekretär und der EGS-Leiter sind nämlich nicht nur Partei-, sondern auch ehemalige Arbeitskollegen. Genau wegen dieser fragwürdigen Vorgänge war Pilnacek am Freitag, den 9. März in der ZIB 2 geladen. Eigentlich zur Beruhigung der Lage, doch er gesteht ein: Peter Goldgruber hat die Staatsanwaltschaft bei der Auswahl der Einheit beraten. Er wirkte also bei der Entscheidung mit, nicht wie sonst die Cobra mit dem ÖVP-Funktionär Treibenreif für diesen Einsatz abzustellen, sondern die eigentlich nicht zuständige EGS mit dem FPÖ-Gemeinderat Preiszler. Doch selbst diese Aktion konnte nicht verhindern, dass der BVT vorzeitig von den Ermittlungen erfuhr. So wusste der Verfassungsschutz schon Wochen zuvor, dass sie ins Fadenkreuz des Bundesamtes für Korruptionsbekämpfung gelangt waren.

3. DATEN ÜBER RECHTSEXTREME BESCHLAGNAHMT

Bei diesen Hausdurchsuchungen wurden zahlreiche Datensätze und Ordner beschlagnahmt und kopiert. Besonders brisant: Mitgenommen wurden nicht nur Dateien von Beschuldigten in der Causa und auch nicht nur Material, das im Zusammenhang mit den oben aufgezählten Verdachtsmomenten als Beweismittel gelten könnte. Beschlagnahmt wurden nämlich auch Daten von Sibylle Geißler, Leiterin des BVT-Extremismus-Referats. Sie wird in den laufenden Verfahren lediglich als Zeugin geführt – nicht als Beschuldigte. Bei ihr laufen – von Amtswegen her – fast sämtliche Fälle betreffend Islamismus, Links- und Rechtsextremismus und hierbei vor allem jene zu Burschenschaftern und Identitären zusammen. Außerdem verfasste Geißler einen kritischen Lagebericht über die rechte Onlineplattform »unzensuriert.at« und den »Kongress der Verteidiger Europas«. Der Kommunikationschef des Innenministeriums, Alexander Höferl, war bis zu seiner Bestellung Chefredakteur von »unzensuriert«. Außerdem sprach Herbert Kickl vergangenes Jahr am oben erwähnten Kongress. Der Verdacht liegt nun nahe, dass auch Datenträger, die Informationen über solche Fälle enthalten, beschlagnahmt wurden.

Am 22. März deckte der Kurier schließlich das wahre Ausmaß des konfiszierten Datenmaterials auf. Statt den anfangs verlautbarten 19 GB wurden mindestens 40.000 GB beschlagnahmt. Umgerechnet wären das ca. 100.000 Tonnen Papier.

Das verunsichert auch andere Geheimdienste, wie das deutsche Amt für Verfassungsschutz (BfV). Dieses ist nun besorgt darüber, ob bei der Razzia auch Daten von ihnen beschlagnahmt wurden.

4. INNENMINISTERIUM SPRICHT VON »FAKE-NEWS«

Dazu äußerte sich das Innenministerium am 8. März via Presseaussendung und verkündete: »Welche Daten bei den Hausdurchsuchungen beschlagnahmt wurden, entzieht sich der Kenntnis des Innenministeriums sowie auch der der eingesetzten EGS-Polizisten, die zu keinem Zeitpunkt in Besitz dieser Daten waren. (...) Die medial konstruierte Geschichte, das BMI habe sich durch eine von einem FPÖ-Mitglied geführte Einheit Zugang zu Rechtsextremismus-Daten verschafft bzw. verschaffen wollen, verweist sich anhand der geschilderten Tatsachen von selbst ins Reich der ‚Fake News‘.«

Tags darauf veröffentlichte das Profil eine genauere Auflistung der beschlagnahmten Gegenstände. Die Quelle: ein Protokoll, das von einem Exekutivbeamten und von Referatsleiterin Sibylle Geißler unterzeichnet wurde. Darauf finden sich auch Beweismittel zu einem aktuellen Neonazi-Fall. Folgendes wurde laut Protokoll sichergestellt: zwei Mobiltelefone, ein Stand-PC, drei USB-Sticks, acht Floppy-Discs, 397 Seiten Schriftverkehr sowie insgesamt 315 CDs und DVDs. Die Leiterin des Extremismus-Referats musste auch Passwörter und Handycodes übergeben. Unter den beschlagnahmten CDs fanden sich auch welche, die im Protokoll extra gekennzeichnet sind: ein Kuvert mit 19 CDs, die mit dem Zusatz »aktuelle Fälle – Beweismittel« beschriftet wurden und eine Spindel mit 21 CDs. Die Spindel wurde mit »Fall K. – Beweismittel!!« vermerkt. Das ist ein Fall um eine Frau, die der Wiener Neonazi-Szene zugeordnet wird. Es steht also fest, dass Polizeibeamte sehr wohl gewusst haben, welche Daten beschlagnahmt wurden.

5. EIN FALL FÜRS GERICHT UND DAS PARLAMENT

Dieser unübliche Einsatz blieb nicht ohne Folgen. Am 10. März kündigte der Anwalt eines suspendierten Verfassungsschützers im Ö1 Morgenjournal Beschwerde an. Er ist sich sicher, dass dieser Fall bald die Gerichte beschäftigen wird. Die Hausdurchsuchungen und der Einsatz von PolizistInnen in Kampfmontur sei überzogen und die Vorgänge um die nordkoreanischen Reisepässe völlig legal gewesen. Neben dem Gericht wird sich auch das Parlament mit dem Fall befassen. Doch das wurde von Schwarzblau am Donnerstag ver-

zögert. Im Geschäftsordnungsausschuss des Parlaments wurde der Antrag der SPÖ auf einen BVT-Untersuchungsausschuss mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ abgelehnt. Das ist äußerst unüblich, da seit 2015 das Einsetzen von U-Ausschüssen als Minderheitenrecht verankert ist. Als Grundlage für diese Vorgehensweise wird ein Rechtsgutachten verwendet, das von Nationalratspräsidenten Wolfgang Sobotka in Auftrag gegeben wurde. Das trägt weiter zu einer unsauberen Optik bei, denn die Arbeit Ex-Innenministers wäre auch Gegenstand der Untersuchungen gewesen. Der Verdacht liegt nun nahe, dass Sobotka seine Position als Nationalratspräsident nützt, um die Aufklärung zu verzögern.

6. SICHERHEITSRISIKO FÜR DIE REPUBLIK

Eine weitere verheerende Folge der Causa ist das drohende Sicherheitsrisiko. ExpertInnen warnen vor einer deutlich geringeren Bereitschaft von ausländischen Geheimdiensten, mit dem BVT zusammenzuarbeiten. Gerade bei der Terrorbekämpfung sind solche Kooperationen aber von enormer Wichtigkeit für die innere Sicherheit. Der ehemalige BVT-Direktor Gert-René Polli sagte dazu am 9. März in der ZIB 24: »Womit wir es hier zu tun haben, ist der vorläufige Höhepunkt einer Vertrauenskrise zwischen europäischen Nachrichtendiensten und den heimischen Behörden.« So zu sehen etwa beim deutschen Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV). Dieses forderte das BVT auf, bekannt zu geben, ob bei den Hausdurchsuchungen auch Daten deutscher Geheimdienste mitgenommen wurden. Der deutsche Innenminister stellte per Aussendung klar, sollten im Zuge der Razzia tatsächlich Informationen des BfV abgefließen, »muss eine neue Prüfung erfolgen, wie die Kooperation mit dem BVT in Zukunft fortgesetzt werden kann.« Schon im Jänner diesen Jahres wurde darüber berichtet, dass andere Nachrichtendienste die Zusammenarbeit mit österreichischen Institutionen einschränken werden, da sie skeptisch gegenüber den FPÖ-Verbindungen nach Russland sind.

7. UMFÄRBE-KRIEG ZWISCHEN BLAU UND SCHWARZ

Ansonsten sind es vor allem personalpolitische Änderungen, die hier ins Auge stechen. So trat der (noch) amtierende Direktor des BVT, Peter Gridling, auf Anraten Goldgrubers, am 2. März einen Urlaub an. Mittlerweile steht fest: Er wird nicht in seine ehemalige Position zurückkehren. Am 13. März verkündete Herbert Kickl in einer Pressekonferenz, dass Gridling bis auf Widerruf suspendiert wurde. Grund: Gegen Gridling wird wegen Amtsmissbrauch ermittelt. Spannendes kann-

te der Falter recherchieren: Die Anzeige wurde persönlich von Peter Goldgruber erstattet. Als dauerhafter Nachfolger für Gridling wird derzeit Udo Lett gehandelt. Er ist derzeit Fachreferent im Kabinett Kickl. Währenddessen führt der am 6. März vom Innenminister präsentierte stellvertretende Direktor Dominik Fasching interimistisch die Geschäfte. Für andere Spitzenpositionen gelten der ehemalige Direktor Gert René Polli und Martin Weiss als aussichtsreiche Kandidaten. Polli arbeitet als Berater für die FPÖ und Weiss soll Goldgruber bei einem Treffen in der US-Botschaft mit Informationen über den amtierenden Direktor versorgt haben. Generell wird vermutet, dass es sich bei der ganzen Affäre auch um eine Umfärb-Aktion handeln könnte. Das BVT gilt als ÖVP-Hochburg. So sagte Polli am 9. März in der ZIB 24, dass sich im BVT ein Günstlings-Netzwerk breitgemacht habe. Das Problem sei laut ihm, dass seit 2009 Personen in Führungspositionen gebracht wurden, die außer einem Parteibuch keine Qualifikationen für das Amt hätten. Mehrere führende KommentatorInnen der heimischen Medienszene gehen davon aus, dass die FPÖ jetzt versucht, das schwarze Übergewicht im BVT zu korrigieren. Selbst Pilnacek, Generalsekretär im Justizministerium, kann nicht ausschließen, dass es sich um eine Intrige handeln könnte.

8. WAS DAHINTER STECKEN KÖNNTE

Fabian Schmid vom Standard geht von zwei möglichen Szenarien aus: Entweder gibt es tatsächlich massive Missstände im wichtigsten Sicherheitsorgan der Republik oder die FPÖ bauscht halbgeare Vorwürfe auf, um im polizeilichen Nachrichtendienst aufzuräumen und umzufärben. Presse-Chefredakteur Rainer Nowak sieht das ähnlich und vergleicht die Vorkommnisse mit Umfärb-Aktionen des ehemaligen Innenministers Ernst Strasser. Außerdem fordert er einen Untersuchungsausschuss. Lesenswert ist auch der Brief von Daniela Kickl an ihren Cousin, den Innenminister. Sie hinterfragt die Allmachtsfantasien des Ministers. Eva Linsinger stellte im Profil gleich mehrere interessante Fragen: Entsteht hier ein Staat im Staat? Wird brutal umgefärbt? Gab es politischen Druck? Den Versuch, Ermittlungen zu lenken – ausgerechnet im wichtigsten Sicherheitsorgan der Republik? Außerdem erkennt sie Parallelen zu Schwarzblau I, als Schlüssel so beharrlich geschwiegen hat wie Sebastian Kurz heute. Johannes Huber von den Vorarlberger Nachrichten ortet in seinem Kommentar »Alarmstufe Rot-Weiß-Rot« ein Sicherheitsrisiko für das Land. Außerdem macht er sich Sorgen darüber, dass beide Geheimdienste in den Händen einer Partei sind.

9. DIE SCHLÜSSELPERSONEN

Peter Gridling: (noch) Direktor des Bundesamtes für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT). Gilt als ÖVP-nahe. Er trat auf Anraten Peter Goldgrubers am 2. März seinen Urlaub an. Am 13. März verkündete Innenminister Herbert Kickl, dass Gridling bis auf Widerruf suspendiert wurde.

Peter Goldgruber: Generalsekretär im Innenministerium. War bei Entscheidung, die Einsatzgruppe gegen Straßenkriminalität (EGS) anstelle der Cobra einzusetzen, involviert. Ist ehemaliger Arbeitskollege von Wolfgang Preiszler. Goldgruber war es, der Anzeige gegen Gridling erstattete.

Wolfgang Preiszler: Er ist Leiter der Einsatzgruppe gegen Straßenkriminalität (EGS), die schon mehrmals stark unter Kritik stand. So etwa bei der »Sauna-Affäre«. Außerdem ist er FPÖ-Gemeinderat in Guntramsdorf (Bezirk Mödling) und mit Peter Goldgruber länger bekannt. Ein FPÖ-kritischer Blog hat herausgefunden, dass Preiszler auf seiner Facebook-Seite rassistische Inhalte, rechtsextreme Seiten, Beiträge von verurteilten Rechtsextremen und Postings prominenter Staatsverweigerer geteilt haben soll.

Bernhard Treibenreif: Leiter der Cobra, die normalerweise Hausdurchsuchungen durchführt. Er ist ÖVP-Gemeinderat in Bad Erlach.

Christian Pilnacek: Generalsekretär im Justizministerium. Er wurde nicht über die Hausdurchsuchungen informiert. Und Pilnacek sagte in der ZIB 2 vom 9. März, dass Goldgruber bei der Auswahl der Einsatzeinheit mitgewirkt hat.

Michael Kloibmüller: Er ist ehemaliger Kabinettschef von Wolfgang Sobotka. Im Februar 2017 wechselte er als mächtiger Präsidialchef direkt ins Innenministerium. Sein Name taucht in einem anonymen Dossier über die Skandale im BVT auf. Er wechselt nun in die Privatwirtschaft. Laut Flurfunk im Innenministerium wohl nicht der letzte Wechsel eines ÖVP-nahen Beamten.

Gert-René Polli: Er war der erste Direktor des BVT und attestierte der Behörde am 9. März in der ZIB 24 schlechte Zustände und sprach von einem Günstlings-Netzwerk und von Parteibuch-Wirtschaft. Er arbeitet als Berater für die FPÖ.

Martin Weiss: Er ist Leiter der wichtigen Abteilung 2 im BVT. Diese ist für die Koordination der Geheimdienste und

sensible Ermittlungen zuständig. Weiss wird von zahlreichen Verfassungsschutz-Beamten verdächtigt, der Verfasser des Dossiers zu sein, welches das BVT als korrupt darstellt. Er ist seit einem Jahr im Krankenstand und steht scheinbar unmittelbar vor seiner Karenzierung. Er soll Goldgruber mit Informationen über Gridling versorgt haben. Außerdem soll sich Weiss mit Polli in einem Wiener Zigarrensalon getroffen haben. Beide gelten als aussichtsreiche Kandidaten für neu zu besetzende Spitzenjobs im BVT.

Sibylle Geißler: Leiterin des Extremismus-Referats im BVT, von ihr wurden zahlreiche Datenträger beschlagnahmt. Bei Geißler laufen von Amtswegen her fast alle Informationen bezüglich Extremismus und Terrorismus zusammen. Auch jene zu Burschenschaften, Neonazis und Identitären. Sie verfasste einen kritischen Lagebericht über die Onlineplattform »unzensuriert.at« und den »Kongress der Verteidiger Europas«. Bei diesem Kongress sprach letztes Jahr Herbert Kickl.

Alexander Höferl: Kommunikationschef des Innenministeriums. Bis zu seiner Bestellung zu diesem Posten war er Chefredakteur von »unzensuriert.at«.



Diese Zusammenstellung wurde von der **REDAKTION DES KONTRAST-BLOGS** (www.kontrast.at) geleistet und mit freundlicher Genehmigung der Redaktion hier abgedruckt.

Ydessa Hendeles. Death to Pigs

KUNSTHALLE WIEN



Ydessa Hendeles, *Blue Beard*, 2016

Ydessa Hendeles, *Blue Beard*, 2016

© Ydessa Hendeles, Courtesy die Künstlerin,

Foto: Robert Keziere

Ydessa Hendeles.

Death to Pigs

KUNSTHALLE WIEN

Death to Pigs ist die erste institutionelle Retrospektive der kanadischen Künstlerin Ydessa Hendeles in Europa. Ihre Praxis zeichnet sich durch das Zusammenstellen von Erlebtem, Erzähltem und Interpretiertem aus. In ihrer Arbeit setzt sie Kunst, historische Artefakte, Fotografie und audiovisuelle Medien in komplexen, raumgreifenden Installationen zueinander in Beziehung. Ihre Kompositionen können als provokative, psychologisch aufgeladene Meditationen über die menschliche Natur gelesen werden.

Die Ausstellung erstreckt sich über beide Hallen der Kunsthalle Wien im Museumsquartier und verknüpft mehrere zentrale Werkkomplexe aus dem letzten Jahrzehnt zu einer vielschichtigen Erzählung. Zentrale Arbeit ist die vierteilige Installation Death to Pigs, die auf metaphorischer Ebene von Stigmatisierung und eskalierender Gewalt erzählt. Der Titel bezieht sich auf die berüchtigten Morde der Manson-Familie im Sommer 1969, die mit den Worten „Death to Pigs“ die Tatorte kennzeichnete. Eine weitere raumgreifende Arbeit trägt den Titel From her wooden sleep... und ist ein Arrangement von rund 150 lebensgroßen historischen Gliederpuppen aus Holz. Die Rauminstallationen präsentieren sich als dichte Überlagerungen präzise recherchierter kulturgeschichtlicher Inhalte und autobiografischer Referenzen. Erweitert werden sie durch neuere Arbeiten.

Bis 27. Mai 2018
Kunsthalle Wien Museumsquartier
Museumsplatz 1, 1070 Wien
www.kunsthallewien.at/

Ausstellungsansicht: Ydessa Hendeles. Death to Pigs: Detail aus THE BIRD THAT MADE THE BREEZE TO BLOW

Ausstellungsansicht: Ydessa Hendeles. Death to Pigs, Kunsthalle Wien 2018, Foto: Stephan Wyckoff: Detail aus THE BIRD THAT MADE THE BREEZE TO BLOW, 2006–2011, © Ydessa Hendeles, Courtesy die Künstlerin

Ausstellungsansicht: Ydessa Hendeles. Death to Pigs: Detail aus THE BIRD THAT MADE THE BREEZE TO BLOW

Ausstellungsansicht: Ydessa Hendeles. Death to Pigs, Kunsthalle Wien 2018, Foto: Stephan Wyckoff: Detail aus THE BIRD THAT MADE THE BREEZE TO BLOW, 2006–2011, © Ydessa Hendeles, Courtesy die Künstlerin



Vom System zur Alternative

In der laufenden Programmdebatte der SPÖ muss sich unsere Partei eine grundlegende Frage stellen: Bleiben wir weiter die Erhalterinnen und Erhalter eines Systems, das uns eine noch nie dagewesene Vermögensungleichheit gebracht hat? Das die Umwelt zerstört – Menschen in die Arbeitslosigkeit treibt, während andere in den Burn-Out schlittern? Das einen entfesselten Finanzmarkt geschaffen hat, der die größte Finanzkrise seit 1929 auslöste? Oder schaffen wir es wieder eine Alternative zu diesem System zu entwickeln – eine Alternative, die den Menschen wieder eine Perspektive – ein Versprechen und den Glauben an eine bessere Zukunft – gibt? Ohne dabei den Boden der politischen Realität zu verlieren, gilt es die entscheidende Frage in den Mittelpunkt zu stellen: Wie wollen wir leben?

Als Österreich vor hundert Jahren zur demokratischen Republik wurde, erreichte die Sozialdemokratie Victor Adlers ein wesentliches Ziel. Die Demokratie sollte eine Gesellschaft der Freiheit und Gleichheit ermöglichen. Die Sozialdemokratie analysierte die Situation und veränderte ihre Programmatik am Linzer Parteitag 1926 an: »In der demokratischen Republik beruht die politische Herrschaft der Bourgeoisie nicht mehr auf politischen Privilegien, sondern darauf, daß sie mittels ihrer wirtschaftlichen Macht, mittels der Macht der Tradition, mittels der Presse,...die Mehrheit des Volkes unter ihrem geistigen Einfluß zu erhalten vermag....So werden in der demokratischen Republik die Klassenkämpfe zwischen der Bourgeoisie und der Arbeiterklasse im Ringen der beiden Klassen um die Seele der Volksmehrheit entschieden.«

»MIT UNS ZIEHT DIE NEUE ZEIT!«

Die Sozialdemokratie führte diesen »Kampf um die Volksseele« mit der hoffnungsvollen Vision einer besseren Gesellschaft. In knapp anderthalb Jahren Koalitionsregierung setzte die Sozialdemokratie unter anderem den 8-Stunden-Tag, das Arbeiterkammer- und Betriebsrätegesetz und die Arbeitslosenversicherung durch. Sie schuf die Grundpfeiler des Sozialstaats in Österreich.

Die Sozialdemokratie träumte nicht bloß von einer gerechteren Gesellschaft. Ihr Traum wurde in den sozialdemokratisch regierten Kommunen des Landes, von Wien über Bad Vöslau bis Bruck a.d. Mur Realität. Sozialer Wohnungs-

bau, öffentliche Dienstleistungen und soziale Fürsorge waren Kennzeichen dieser Politik. Sie verband die große Vision mit einer praktischen Politik im Alltag. Getragen von einer breiten, politischen Bewegung arbeitete sie auf die Demokratisierung der Gesellschaft, auf eine »neue Zeit« hin.

In ihrer Hilflosigkeit gegenüber den sozialen und politischen Umstürzen setzten die traditionellen Eliten auf antidemokratische, rechts-autoritäre Kräfte. Die Rechte führte den Kampf um die Volksseele durch eine Verherrlichung der Vergangenheit und mit antisemitischer Hetze gegen die »Verjudung« der Sozialdemokratie und der Gesellschaft. Angesichts dramatischer sozialer, wirtschaftlicher und politischer Umbrüche mobilisierte sie die Ratlosigkeit und Entwurzelung vieler Menschen gegen die Ideen der Gleichheit und der Demokratie. 85 Jahre nach dem Staatsstreich von Kanzler Dollfuß gegen das Parlament wissen wir, dass sie dabei auch nicht vor offener Gewalt und der Beseitigung der Demokratie zurückschreckte.

»DIE ARBEITER HABEN HEUTE MEHR ZU VERLIEREN ALS IHRE KETTEN...«

Nach den unvorstellbaren Grausamkeiten der Nazi-Herrschaft und des Zweiten Weltkriegs, erkannten nicht nur die Sozialdemokratie, sondern auch große Teile des bürgerlichen Lagers, dass die Parole »Nie wieder!« klare demokratiepolitische Voraussetzungen hat: Alle Bürgerinnen und Bürger müssen am neu aufzubauenden Wohlstand beteiligt werden. Alle sozialen Kräfte müssen an den staatlichen Institutionen betei-

ligt werden. Dafür musste die wirtschaftliche und politische Macht des Großkapitals begrenzt werden. Im Programm von 1958 kleidete die SPÖ die neu gewonnene Zuversicht in ein abgewandeltes Marx-Zitat: »Die Arbeiter haben heute mehr zu verlieren als ihre Ketten; Sie haben immer noch eine Welt zu gewinnen.« Das war die Grundlage eines »demokratischen Kapitalismus«, der allen Menschen in Österreich Hoffnung auf eine bessere Zukunft gab.

Den Höhepunkt ihrer Reformtätigkeit erreichte die Sozialdemokratie mit der Alleinregierung Bruno Kreiskys. Sein Erfolg beruhte auf dem eingelösten Versprechen, dass Leistung und Talent statt Tradition und Privilegien zählen. Dass der Wohlstand allen zu Gute kommt, und nicht einigen wenigen. Und dass Politik Hoffnung, Mut und Lust an der Gestaltung zu vermitteln, Spaltung zu überwinden und Hass zu bekämpfen hat.

Das Parteiprogramm 1978 fasste die bisherigen Erfolge und künftigen Ziele so zusammen: »In der ersten Phase ihres Wirkens hat sie [die sozialdemokratische Arbeiterbewegung] die politische Demokratie und die Republik erkämpft, in der zweiten den Wohlfahrtsstaat aufgebaut und in der dritten Phase gilt es, die politische Demokratie und den Wohlfahrtsstaat zur sozialen Demokratie weiterzuentwickeln.« Sehr klar formulierte das Programm Bruno Kreiskys aber auch die Gefahren: »Drohende Massenarbeitslosigkeit und die Grenzen herkömmlicher Wirtschaftspolitik im kapitalistischen System werden von reaktionären Kräften dazu benutzt, die Krise der kapitalistischen Wirtschaft als Krise des Staates darzustellen. Damit droht wie in den dreißiger Jahren die Gefahr einer Schwächung der Demokratie.«

EIGENE FEHLER

Dass sich diese Befürchtungen Kreiskys und seines Teams in den letzten 40 Jahren bewahrheitet haben, hat – bei allen Verdiensten, die sich die Sozialdemokratie auch in den letzten Jahrzehnten erworben hat – mit Fehlern zu tun, die wir selbst gemacht haben. Die SPÖ hat vielfach den Kontakt mit ihrer klassischen Anhängerschaft verloren und zu wenig Anschluss an neue Milieus gefunden. Sie war so sehr mit der Verwaltung des Bestehenden beschäftigt, dass sie neu entstehenden politischen oder sozialen Herausforderungen nicht genug Aufmerksamkeit geschenkt hat. Sie hat jahrelang die Möglichkeiten und Notwendigkeiten der neu entstandenen sozialen Medien verschlafen. Und sie hat durch eine, schon von Kreisky kritisierte, zu laxen Haltung in den Fragen politischer Pri-

vilegien zugelassen, dass viele Menschen die SPÖ eher als Teil des Systems, statt als Alternative zu veränderungsbedürftigen Missständen empfunden haben.

Christian Kern hat vor anderthalb Jahren am Zustand der Europäischen Union kritisch beleuchtet und analysiert, dass sie von ihren Bürgern »primär als Promotor einer unfairen Modernisierung gesehen« wird, während »sie ihrem Auftrag, vor den Verwerfungen einer globalisierten Wirtschaft zu schützen« nicht nachkomme. Das zugelassen zu haben, wird auch der Sozialdemokratie zum Vorwurf gemacht.

DER AUFSTIEG DER RECHTEN

Nach Jahren und Jahrzehnten der Privatisierung öffentlicher Unternehmen und öffentlicher Dienste in Europa, der Beseitigung von Vermögenssteuern und der Senkung von Unternehmenssteuern, der politischen Passivierung von Millionen Nichtwählerinnen und Nichtwähler quer durch Europa, haben große Konzerne und ihre Eigentümer heute eine unerträgliche politische und wirtschaftliche Machtfülle erlangt.

Seit über zehn Jahren warnen Expertinnen und Experten vor den Zuständen einer »Post-Demokratie«, in der zwar Wahlen stattfinden, die wichtigen Entscheidungen aber unter Ausschluss und Irreführung der Öffentlichkeit von den politischen, medialen und wirtschaftlichen Eliten getroffen werden.

Vor diesem Hintergrund versuchen rechte Parteien auf der ganzen Welt, die gesellschaftlichen Umbrüche für sich zu nutzen. Die Parallelen zu manchen politischen Entwicklungen der 1920er-Jahre sind schockierend. Mit modernen marketingtechnischen Mitteln wird die Verunsicherung und Ratlosigkeit vieler Menschen rückwärtsgewandt mobilisiert. Die Hetze gegen Minderheiten und eine angebliche »Islamisierung«, der Versuch der gesellschaftlichen Spaltung, und auch der aggressive Ton gegen Sozialdemokratie und Gewerkschaften dienen einem Ziel: Bestehende wirtschaftliche und politische Privilegien für sich zu erhalten, sich aber gleichzeitig als Kraft der »Veränderung« darzustellen. Es ist nur eine scheinbare Veränderung. Denn im Grunde sollen die wirtschaftlichen Machtverhältnisse genau so bleiben, wie sie sind: Millionäre, die im Wahlkampf als Großspender auftreten, freuen sich nach der Wahl darüber, dass die von ihnen unterstützte Regierung den 12-Stunden-Tag einführt. Langzeitarbeitslose und AMS-Kundinnen und Kunden zahlen die Zeche für eine Halbierung der Körperschaftsteuer. Das Streben nach völliger Unterordnung aller menschlichen Bedürfnisse unter knallhar-

te Profitinteressen hat zuletzt die Wirtschaftsministerin zum Ausdruck gebracht: In Zeiten von Facebook bräuchten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern keine Freizeit mehr zur Pflege von Sozialkontakten.

DIE GROSSE GEFAHR

Wie in den 1930er-Jahren liegt eine der größten Gefahren darin, dass den etablierten Eliten die Kontrolle über ihre rechten Sprücheklopfer entgleitet, und sich deren menschenfeindlichen Parolen verselbstständigen. Demokratie und Rechtsstaat sind zarte Gewächse, die der ständigen Pflege bedürfen. Deshalb nimmt die Sozialdemokratie ihre staatspolitische Verantwortung im BVT-Skandal so ernst: Der im Raum stehende Verdacht, der Innenminister könnte seine Machtbefugnisse missbrauchen, um parteipolitisch motivierten Zugriff auf die vertraulichsten Daten und Geheimnisse dieser Republik zu erlangen, ist schockierend. Das vielsagende Schweigen und Schönreden des Regierungschefs ist ein Alarmsignal. Dass mit Geschäftsordnungstricks versucht wird, die parlamentarische Arbeit zu behindern, erinnert an die Verhältnisse in Ländern wie Polen und Ungarn.

DIE SOZIALDEMOKRATISCHE PERSPEKTIVE – EIN NEUES AUFSTIEGSPRECHEN

Die Sozialdemokratie nimmt daher im parlamentarischen Alltag ihre Aufgabe als Opposition sehr gewissenhaft wahr. Die Programmdiskussion muss aber einen großen Schritt weitergehen. Denn wir ziehen nicht nur die Regierung für ihre sozialpolitischen Sünden und ihre demokratiepolitischen Fehlritte zur Verantwortung, sondern wir müssen eine Perspektive aufzeigen, wo es mit unserer Gesellschaft hingehen soll. Die Ende Februar vorgestellte Diskussionsgrundlage ist ein Beginn, den es nun in einer lebendigen Debatte weiterentwickeln gilt.

Von Rosa Luxemburg stammt der Satz, dass es die revolutionärste Tat sei, auszusprechen was ist. Genau das muss die Sozialdemokratie wieder tun. Sie muss Klartext sprechen. Dass es die Macht der Wenigen, die Macht des großen Geldes ist, die unsere Gesellschaft ausbremst; die sozialen Aufstieg verhindert; die neue Unsicherheiten in der Arbeitswelt schafft; die unsere Gesellschaft spaltet; die uns aufeinander hetzt.

Wir müssen die Macht- und Reichtumsexzesse der Eliten, das neue Arbeitsleid vieler Beschäftigter, die ungleichen Machtverhältnisse zwischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und großen Unternehmen, aber auch zwischen

Konzernen und kleinen Betrieben anklagen. Nicht, weil wir Lust am Nörgeln haben. Sondern weil wir wissen, dass unsere Gesellschaft Wohlstand und sozialen Aufstieg für alle ermöglichen kann. Eine Gesellschaft, in der sich Parteien und Medien über Menschen lustig machen, weil sie Chantal oder Kevin heißen und trotz harter Arbeit wenig verdienen, in der Zlatko oder Fatima wegen ihres Namens in Beruf, Bildung und Freizeit benachteiligt werden – das ist nicht die Gesellschaft, für die Victor Adler, Bruno Kreisky und Johanna Dohnal gekämpft haben.

Bei unserer Analyse dürfen wir auch nicht davor zurückschrecken, Kritik an diesem Kapitalismus zu üben, der mit seinen Krisen unsere Wirtschaft bremst und unsere Gesellschaft spaltet. »Sagen, was ist«, das heißt: Auszusprechen, dass sich die Macht- und Verteilungsverhältnisse wieder ändern müssen. Politik ist nicht dafür da, die Demokratie marktkonform zu verunstalten, sondern unsere Märkte wieder einer demokratischen Kontrolle zu unterstellen.

Das wird sicherlich für öffentliche Kontroversen sorgen. Und das ist auch gut so. Die Menschen sollen wissen woran sie mit uns sind.

Einen Vorgeschmack darauf haben wir bekommen, als die SPÖ in der Nationalratswahl gefordert hat, dass wir uns holen sollen, was uns zusteht. Medien und andere Parteien regten sich über »Klassenkampfrhetorik« und »Populismus« auf. Aber was sie wirklich empörte war, dass die SPÖ in einer klaren Sprache bestehende Ungerechtigkeiten angeprangert hat, dass wir lautstark die Beteiligung aller am wachsenden Wohlstand eingefordert haben, dass wir bestehende Privilegien in Frage gestellt haben. Mit unserem Programm sollten wir das noch klarer, noch pointierter, noch strukturierter tun.

Ja, unsere Wirtschaft verändert sich. Das Schlagwort der »Digitalisierung« geistert seit Jahren durch die politische Debatte. Es sind Politiker wie Christian Kern oder auch Jeremy Corbyn, die in den letzten Jahren immer wieder darauf hinweisen, dass es dabei nicht nur um besseren Informatik-Unterricht an unseren Schulen geht. Die Änderung und Rationalisierung unserer Arbeitsprozesse wird von vielen Menschen als Bedrohung wahrgenommen. Doch es ist nicht der Fortschritt, der uns bedroht. Es ist die Frage, wer über die Wohlstandsgewinne, die damit entstehen, verfügt. Entscheiden wir selbst wann und wie wir arbeiten und unsere Freizeit verbringen? Oder geben uns die großen Konzerne vor, wie unser Le-

ben gestaltet ist? Nutzen wir neue Technologien, um den arbeitenden Menschen das Leben zu erleichtern? Oder werden sie eingesetzt, um sie noch skrupelloser zu kontrollieren, zu reglementieren und auszubeuten?


Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten müssen antreten, um Machtfragen neu zu stellen und auch Dinge in Frage zu stellen, die inzwischen als selbstverständlich gelten. Alle führenden Ökonomen und Ökonominnen, wie Mariana Mazzucato sind sich einig, dass die weltweite Ungleichheit immer größer wird und es gleichzeitig öffentliche Infrastruktur und Forschung sind, die Innovationen ermöglichen, die dann ausschließlich privaten Profiten dienen. Diese Erkenntnisse müssen wir in konkrete Politik übersetzen.

Unser Programm muss und wird die großen Linien zeichnen, nach denen wir unsere Gesellschaft gestalten werden. Wir müssen aber auch sehr konkret übersetzen, was Kritik an den kapitalistischen Gesellschaftsverhältnissen in der politischen Alltagsarbeit bedeutet. Schon heute leistet sozialdemokratische Kommunalpolitik unter oft widrigen Umständen Großartiges, um unsere Lebensqualität und unser Zusammenleben zu verbessern. Diese Kompetenz müssen wir stärker bündeln. Mit zukunftsweisenden Projekten konkret erlebbar machen, was wir erreichen wollen. Eine Politik der Vielen, der Hoffnung und des Optimismus, des sozialen Aufstiegs für alle. Es ist diese Vision, die wir einer Regierung der Wirtschaftseliten, der Spaltung und der sozialen Hoffnungslosigkeit gegenüberstellen werden. Es ist die Frage: Wie wir leben wollen?

NEUE BÜNDNISSE

Was uns als Sozialdemokratie stark gemacht hat, ist die Erkenntnis, dass gegen die Macht des großen Geldes nur die Macht der Vielen eine Chance hat. Mit unserer neuen programmatischen Ausrichtung muss daher auch eine neue organisatorische Ausrichtung einhergehen. Die Sozialdemokratie war eine demokratische Massenbewegung und wurde irgendwann zu einer »normalen« Partei. Der Weg nach vorne führt über die Hinwendung zur Basis. Die Sozialdemokratie wird nur als demokratische Bewegung Erfolg haben. Wir müssen Menschen in unsere Arbeit involvieren, die in den letzten Jahren den Glauben an die politische Gestaltbarkeit ihrer Lebensverhältnisse verloren hatten. Wir müssen die Idealistinnen und Idealisten in unseren Strukturen fördern, die sich politisch engagieren, um die Gesellschaft zu verändern und uns von den Opportunisten trennen, die primär deswegen in die Politik streben, um für sich selbst Posten und Privilegien zu erstrei-

ten. Politische Einbindung setzt demokratische Beteiligung voraus – in der Gemeindepolitik ebenso wie bei großen politischen Kampagnen, in Wirtschaft und Gesellschaft ebenso wie in unserer Partei. Das bedeutet außerdem, dass wir auch unsere Bündnisse innerhalb und mit der Zivilgesellschaft stärken und neu aufbauen müssen.

Für mich geht es bei unserer Programmdebatte also um wesentlich mehr als um unsere grundsätzlichen Leitlinien. Es geht um unser Selbstverständnis, wofür es uns gibt und für wen wir stehen. Ob es nun um Europa- oder Gemeindepolitik geht, um die Organisation unserer Wirtschaft oder unserer Partei – die Antwort ist für mich ebenso klar wie kurz: Für die Vielen, nicht die Wenigen! 

MAX LERCHER

ist Bundesgeschäftsführer der SPÖ.

Ydessa Hendeles. Death to Pigs

KUNSTHALLE WIEN





**Ausstellungsansicht: Ydessa Hendeles. Death to Pigs:
From her wooden sleep...**

Ausstellungsansicht: Ydessa Hendeles. Death to Pigs, Kunsthalle
Wien 2018, Foto: Stephan Wyckoff: From her wooden sleep...,
2013, © Ydessa Hendeles, Courtesy die Künstlerin

Sonntagspredigt oder Werkzeug zum politischen Handeln?

Das Diskussionspapier für das neue Grundsatzprogramm ist in Bezug auf die Wirtschaftspolitik ein Fortschritt zum letzten Parteiprogramm. Während das 1998er Programm einem Neoliberalismus mit menschlichem Antlitz huldigte¹, finden sich im neuen Entwurf wieder wirklich sozialdemokratische Positionen. Leider ist nicht immer klar, was diese Positionen für die konkrete Politik der SPÖ bedeuten werden, meint Josef Falkinger.

Der neue Entwurf unterscheidet sich unter anderem in folgenden Punkten sehr wohltuend vom aktuell geltenden 1998er-Programm. Er enthält

- eine deutliche Kritik an der steigenden Vermögenskonzentration und ein ebenso deutliches zu Vermögens- und Erbschaftssteuern.
- die Forderung nach einer Verkürzung der Arbeitszeit.
- ein Bekenntnis zu einer Lohnentwicklung, die mit Produktivitätszuwächsen einhergeht
- die Forderung nach einer fairen Handelspolitik, die ökologische und soziale Standards berücksichtigt.
- die Forderung nach einer Demokratisierung des Wirtschaftslebens.
- einen Hinweis auf die Bedeutung von öffentlichem Eigentum in strategisch wichtigen Sektoren der Ökonomie.
- eine Kritik an der Orientierung ökonomischer Entscheidungen an kurzfristiger Profitmaximierung
- eine Kritik an dem Versuch durch niedrige Löhnen und schlechte Arbeitsbedingungen Vorteile im internationalen Wettbewerb der Wirtschaftsstandorte zu erringen.
- eine Kritik an der Abkoppelung der Finanzmärkte von der Realwirtschaft.

Die ersten drei Punkte dieser Liste sind klar. Bei der Forderung nach einer Demokratisierung des Wirtschaftslebens ergibt sich jedoch bereits die Frage, wie denn das genau funktionieren soll.²

Die Bedeutung öffentlichen Eigentums wird zwar erwähnt, aber ohne zugehörige konkrete Vorschläge. So fehlt

beispielsweise der Verweis auf den öffentlichen Industriefonds (Österreichfonds) aus dem Plan A oder die Forderung nach einer öffentlichen Sperrminorität in systemrelevanten Betrieben wie sie von der SPÖ sogar unter Viktor Klima noch vertreten wurde. Durch diesen Mangel an konkreten Aussagen hängt auch die Kritik am Shareholder-Value-Kapitalismus in der Luft. Denn auf die Frage, wie genau das Prinzip der kurzfristigen Profitmaximierung in der Wirtschaft eingedämmt werden kann, bleibt das Diskussionspapier eine Antwort schuldig.

WAS SOLL DAS NEUE PROGRAMM LEISTEN?

Ein Parteiprogramm sollte meines Erachtens zwei Dinge leisten. Erstens die zentralen Probleme der Zeit ansprechen. Zweitens aufzeigen, dass Politik mit bestimmten Maßnahmen konkrete Lösungen zu diesen Fragen finden kann. Wie ich meine, gelingt ersteres sehr gut, auch in einer recht ansprechenden Sprache. Die Antworten auf die Probleme gehen auch in die richtige Richtung. Aber es fehlt an klaren Konzepten und kraftvollen Ansagen, die echten Veränderungswillen deutlich machen. Das ist schade. Denn es geht hier um die Glaubwürdigkeit, ob es sich bei Begriffen wie Wirtschaftsdemokratie nur um Floskeln handelt, oder um ernstgemeinte politische Ziele, ob die Kritik am kurzfristigen Profitstreben nur ein Ausdruck von Sentimentalität ist oder, ob tatsächlich Alternativen angestrebt werden. In Wirklichkeit ist genau das aber die Schicksalsfrage der Sozialdemokratie im 21. Jahrhundert. Können wir deutlich machen, dass auch unter den Bedingungen globaler Märkte echte politische Veränderung möglich ist?³ Können demokratische Entscheidungsprozesse – die nun einmal auf der nationalen Ebene stattfinden – über-

haupt noch gestaltende Wirkung im Sinne einer wirklich sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik entfalten?

Um hier wieder Glaubwürdigkeit zu entwickeln, brauchen wir klare Aussagen auch im Parteiprogramm darüber, was wir erreichen wollen und wie wir es erreichen wollen. Bevor ich im Folgenden einige wirtschaftspolitische Konzepte etwas näher beleuchte, möchte ich noch ein Thema behandeln, das mir in Hinblick auf die konkrete Herangehensweise sozialdemokratischer Politik entscheidend erscheint: Das Verhältnis von Europapolitik und österreichischer Politik.

HANDLUNGSSPIELRAUM ZURÜCKEROBERN

Wie das Diskussionspapier richtig feststellt, erlebten viele Menschen in den letzten drei Jahrzehnten ein zunehmendes Gefühl des Kontrollverlustes, vielfach verbunden mit einem Verlust an Würde und einem Verlust an Stolz. Es machte sich die Meinung breit, dass die Politik unter den Bedingungen der Globalisierung ohnehin keinen Gestaltungsspielraum mehr besitze. Diese Meinung ist auch durch die Politik der Sozialdemokratie selbst immer wieder bestärkt wurde. Denken wir beispielsweise an die Zustimmung der Sozialdemokratie zu CETA. Die Zustimmung wurde vor allem so argumentiert, dass die Handelspolitik nicht mehr auf nationaler Ebene bestimmt werden könne, sondern auf europäischer Ebene beschlossen werden müsse. Mit dieser Argumentation wurde ein demokratischer Entscheidungsprozess auf nationaler Ebene – der Mitgliederentscheid – außer Kraft gesetzt.

CETA und der damit verbundene Umfaller der SPÖ ist dabei nur Ausdruck eines grundsätzlicheren Problems, auf das die Sozialdemokratie immer wieder stößt: Wie viele Entscheidungen können überhaupt noch auf nationaler Ebene getroffen werden? Diese Frage ist umso brisanter, als es auf supranationaler Ebene überhaupt keine wirklich demokratischen Entscheidungsebenen gibt.

Das 1998er-Parteiprogramm beantwortete diese Frage in etwa so: Ja es stimmt, auf nationaler Ebene geht gar nichts mehr. Große soziale Reformen kann es nur noch auf der europäischen Ebene geben. Das Problem an dieser Herangehensweise ist, dass Wahlen noch immer auf der nationalen Ebene geschlagen werden. Auf nationaler Ebene bei einer Wahl antreten und sagen, dass echte Veränderung auf dieser Ebene gar nicht möglich sei, ist ein denkbar unattraktiver Standpunkt. Werden aber nationale Wahlen von der Sozialdemokratie verloren, rückt auch das progressive Europa in immer weitere

Ferne. Eine Mantra-artige Beschwörung von Europa durch SozialdemokratInnen wie Martin Schulz wirkt auf Wählerinnen und Wähler als verzweifelte Ratlosigkeit gegenüber dem Machbaren im Hier und Jetzt.

EUROPA ANTREIBEN

Europa kann sich in Wirklichkeit nur bewegen, wenn zuerst einzelne Länder auf nationalstaatlicher Ebene neue Perspektiven eröffnen und mit einer »Koalition der Willigen« weiterbearbeiten. Selbstverständlich können die großen Probleme der Zeit nur auf europäischer und internationaler Ebene einer nachhaltigen Lösung zugeführt werden. Aber sie müssen im Hier und Jetzt mit Verve angegangen werden.

Die Sozialdemokratie muss deutlich machen, dass sie die einzige real-existierende demokratische Ebene, die es heute gibt – die nationalstaatliche Ebene – zu nutzen versteht. Und zwar, um einerseits Schutzmacht der arbeitenden Menschen zu sein⁴, und andererseits eine Brücke der Hoffnung in eine bessere Welt zu schlagen. Die Sozialdemokratie muss glaubwürdig vermitteln, dass sie für arbeitende Menschen das einzige valide politische Instrument ist, um die Kontrolle, die Würde und den Stolz zurückzuerobern. Die Menschen müssen sehen, dass die Sozialdemokratie im Einsatz für die Wirkmächtigkeit der demokratischen Entscheidung, im Einsatz für das Primat des Politischen bereits auf der nationalstaatlichen Ebene den Multis und den Finanzmärkten die Stirn bietet, damit sie wieder Vertrauen fassen können und den Glauben an die Sozialdemokratie zurückgewinnen. Dazu braucht es aber konkrete Konzepte im Hier und Jetzt.

FAIRER HANDEL

Das Diskussionspapier legt ganz richtig dar, warum ökologische und soziale Kriterien in der Handelspolitik eine Rolle spielen müssen. Diese Grundsätze werden aber unglaubwürdig, wenn die Sozialdemokratie nicht zu gleich Entschlossenheit zeigt, auch auf österreichischer Ebene zu handeln und dies auch im Parteiprogramm deutlich macht. CETA darf nicht unterstützt werden. Das Argument, dass wir uns bei einem Nichtunterzeichnen in Europa isolieren, ist im Sinne der oben beschriebenen postdemokratischen Entmutigung⁵ und der allgemein verbreiteten Resignation gegenüber der Politik geradezu toxisch.

Österreich sollte aber nicht nur Handelsverträge blockieren, sondern aktiv – wenn auch zuerst im kleinen Rahmen – positive Beispiele für faire Handelsverträge neuen Typs schaf-

fen. Österreich könnte beispielsweise faire Handelsverträge und Verträge über wirtschaftliche Kooperation auf Augenhöhe mit einzelnen afrikanischen Staaten abschließen. Fairer Handel und wirtschaftliche Kooperation auf Augenhöhe sollten als zentrales Element sozialdemokratischer Friedens- und Sicherheitspolitik und als echte Fluchtursachenbekämpfung gesehen werden.

Die Sozialdemokratie muss gleichzeitig darlegen, wie große Agrarmultis wie Monsanto die ökonomischen Strukturen in Afrika zersetzen, die wirtschaftliche Entwicklung Afrikas blockieren und damit neue Wellen von Massenmigration provozieren.

STEUERFLUCHT BEKÄMPFEN

In der Frage des Kampfes gegen Steuerflucht gibt es sehr konkrete Vorschläge der SPÖ, die bereits seit Frühjahr 2017 in einem Maßnahmenkatalog vorliegen⁶:

- Die steuerliche Nicht-Anerkennung von Briefkastenfirmen in Steueroasen. Zahlungen an konzerneigene Briefkastenfirmen können dann nicht mehr von der österreichischen Körperschaftssteuer abgesetzt werden.
- Strafzuschläge für Gewinnverschiebungen, die bei der Großbetriebsprüfung aufgedeckt werden.
- Besserer Schutz für Whistleblower.
- Veröffentlichung des Country-by-Country-Reports. Es wird veröffentlicht, wo Konzerne wirtschaftliche aktiv sind und wo sie welche Steuer zahlen.

Zudem setzt sich die SPÖ für eine Personalaufstockung in der Großbetriebsprüfung der Finanzpolizei ein. Der entscheidende Unterschied der SPÖ zu ÖVP und FPÖ ist jedoch, dass die Sozialdemokratie mit der Umsetzung dieser Gesetze nicht auf eine europäische Lösung warten will.

Es wäre meines Erachtens wichtig, diesen wesentlichen Unterschied im Parteiprogramm herauszustreichen und die konkreten Forderungen punkto Steuerflucht zu erwähnen.

Die Formulierungen zum Thema Steuerflucht könnten in der unverbindlichen und allgemeinen Form, wie sie sich aktuell im Diskussionspapier finden, genauso auch in einem Programm von FPÖ und ÖVP stehen. Die Sozialdemokratie kann hier deutlicher machen, dass der Kampf gegen Steuerflucht bei ihr kein Lippenbekenntnis ist.⁷

DEN GROSSEN KONZERNEN KONKRET DIE STIRN BIETEN

Das Diskussionspapier spricht sich völlig zu Recht gegen eine Wirtschaftsordnung aus, die sich mit Haut und Haar der kurzfristigen Profitmaximierung verschreibt. Es ist die Rede von der Demokratisierung des Wirtschaftslebens. Leider wird nicht ausgeführt, was das bedeutet. Die Jagd nach dem kurzfristigen Profit gefährdet in Wirklichkeit unseren Wirtschaftsstandort gleich in dreifacher Weise.

- Erstens: Wie gehen wir damit um, wenn beispielsweise die VOEST damit droht, den Hochofen nicht mehr in Linz zu bauen, weil das Lohnniveau nicht gesenkt und Umweltstandards nicht aufgelockert werden?
- Zweitens: Wie gehen wir damit um, wenn internationale Großkonzerne Herzstücke der Österreichischen Industrie aufkaufen und gegen die österreichischen Interessen ihre eigenen strategischen Interessen durchsetzen wollen. Man denke an den Fall der Telekom, die vom mexikanischen Milliardär Carlos Slim gekauft wurde oder an die ehemalige Chemie Linz, die mittlerweile über Borealis der Vereinigte Arabischen Emirate gehört.
- Drittens: Was tun wir, wenn Unternehmen ihre Rekordgewinne lediglich in Form von Dividenden und Rückkauf der eigenen Aktien an die Kapitalbesitzer weitergeben und mit einer Zurückhaltung von notwendigen Investitionen die Zukunft der Arbeitsplätze aufs Spiel setzen?

In Wirklichkeit gibt es zwei ganz konkrete Maßnahmen, die dem Shareholder-Value-Prinzip der kurzfristigen Profitmaximierung bestimmte Grenzen setzen können. Und zwar zum einen ein Ausbau der innerbetrieblichen Mitbestimmung nach dem Vorbild der deutschen metallverarbeitenden Industrie. Dort sind die Hälfte der Mitglieder des Aufsichtsrates Arbeitnehmervertreter – nebenbei auf Grund der niedrigen Dividendenausschüttungen und der hohen Investitionsrate ein wesentlicher Grund, warum die deutsche metallverarbeitende Industrie zur Weltspitze aufgestiegen ist.

Zum anderen geht es darum, dass es in Leitbetrieben, die von strategischem Interesse für den österreichischen Wirtschaftsstandard sind, Betriebe, die sozusagen systemrelevant sind, eine öffentliche Beteiligung geben sollte, um Abwanderung, übermäßige Gewinnausschüttungen und einen Aufkauf durch internationale Großkonzerne oder Heuschreckenfonds zu verhindern. Im Plan A findet sich dazu die ausgezeichnete Idee eines österreichischen Industriefonds. Dieser Fonds

soll, wenn strategische österreichische Interessen gefährdet sind, Beteiligungen erwerben können. Er soll die Gewinne aus den Beteiligungen in Unternehmen, auch Start-ups investieren können.

FÜR EINEN AUSBAU DES SOZIALSTAATS

Wenn die Sozialdemokratie in den kommenden Jahren als soziale Alternative Glaubwürdigkeit erhalten möchte, dann muss sie zur neoliberalen Kürzungspolitik ein klares Gegenmodell anbieten, das arbeitenden Menschen aber auch der Mittelschicht neue Hoffnung in die Zukunft gibt. Dieses Modell kann nicht in einem bloßen Ende der Kürzungspolitik bestehen – das würde keine neuen Perspektiven aufzeigen. Das Diskussionspapier erwähnt zwar auch eine »Weiterentwicklung des Sozialstaates« und es ist vom Kampf für einen »exzellenten Sozialstaat« die Rede. Diese Formulierungen halte ich jedoch für zu vage und ausweichend: Der sozialdemokratische Gegenentwurf muss sich ganz klar zu einer Expansion des Sozialstaats bekennen.

Unser Land braucht mehr Kindergärten, besser bezahlte Kindergärtnerinnen und Kindergärtner, mehr Nachmittagsbetreuung in den Schulen. Wir brauchen mehr SozialarbeiterInnen und PsychologInnen in Schulen, um die Lehrkräfte für den Unterricht freizuschaukeln. Die Ansprüche an das Gesundheitssystem werden auf Grund der steigenden Lebenserwartung und der Fortschritte in den Behandlungsmethoden immer größer. Menschen werden länger pflegebedürftig sein. Die jüngere Generation bleibt immer länger in Ausbildung. Wird eine Gesellschaft wohlhabender und gleichberechtigter, steigt die Teilnahme am Arbeitsmarkt. Auch damit steigt die Notwendigkeit von öffentlicher Kinderbetreuung und Nachmittagsbetreuung, aber auch die Notwendigkeit professioneller Pflege.

Das bedeutet, dass Sozialstaat und öffentlicher Sektor wachsen müssen, dass eine sinkende Staatsquote, wie sie von der Industriellenvereinigung gefordert wird, nur um den Preis eines dramatischen Einbruchs am Lebensstandard zu haben ist. Die Sozialdemokratie darf dieser Diskussion nicht ausweichen. Sie muss sie offensiv führen und gewinnen.

STEIGENDER WOHLSTAND BRAUCHT MEHR ÖFFENTLICHE DIENSTLEISTUNGEN

Kindergärten, Schulen, Krankenhäuser sind nicht nur staatliche Dienstleistungen, sie sind auch personalintensiv. LehrerInnen, KindergärtnerInnen, AltenbetreuerInnen werden

hoffentlich auch in 20 Jahren noch keine Roboter sein. Daher wird ein Mehr an öffentlichen Diensten notwendigerweise auch in Zukunft mit einem Mehr an Personalkosten verbunden sein, während in der Industrie ein und dasselbe Gut mit immer weniger Arbeitskräften herstellbar ist. In der Industrie können arbeitsintensive Bereiche in Billiglohnländer ausgelagert werden. Genau das ist aber bei staatlichen Dienstleistungen nicht möglich. Das bedeutet: Die Staatsquote, der Anteil der Staatsausgaben an am Bruttoinlandsprodukt, wird mit steigendem Wohlstand beziehungsweise steigender Teilhabe von immer mehr Menschen am Wohlstand steigen müssen.

Ein Vergleich europäischer Länder zeigt, dass die wohlhabendsten Länder Europas, die auch in Bezug auf den Index des sozialen Fortschritts führen, gleichzeitig auch die Länder mit der höchsten Staatsquote (2015) sind: Dänemark (55,7%) und Finnland (58,3%)⁸. Österreich liegt mit einer Staatsquote von 51% auf Platz 13.

STEIGENDER WOHLSTAND MUSS FINANZIERT WERDEN

Aus der Notwendigkeit, den Sozialstaat auszubauen, folgt eine weitere: Wenn wir Österreich nicht in Schulden stürzen wollen, die noch unsere Enkelkinder belasten, dann müssen wir diese Staatsausgaben finanzieren. Das wird nur mit Hilfe einer gerechtere Beteiligung der reichsten Einkommens- und Vermögensgruppen an der Finanzierung des Sozialausbaus gehen, während die Besteuerung für 90% der Bevölkerung nicht erhöht werden sollte.⁹ Diese 90% sind wichtig, da der Ausbau des Sozialstaats und der Infrastruktur ein Projekt sein muss, das den arbeitenden Menschen und der Mittelschicht unmittelbar nützt. Mittelbar werden auch die reichsten 10% etwas von diesem Projekt haben, da sie im Gegenzug für ein gesteigertes Steueraufkommen in einer sichereren und glücklicheren Land leben können, indem die Freiheit der Menschen nicht durch einen steigenden Zerfall der gesellschaftlichen Strukturen gefährdet ist.

Lange hat sich die Sozialdemokratie als Kraft präsentiert, die, wie der politische Gegner, ebenfalls für sinkende Staatsausgaben steht, lediglich mit Augenmaß. Diese Selbstdarstellung als moderate Konservative hilft meines Erachtens den Konservativen und hält uns davon ab, unsere eigene, bessere Geschichte zu erzählen.

REGULIERUNG DER FINANZMÄRKTE

In Bezug auf den Finanzmarkt formuliert das Diskussionspa-

pier folgende Forderungen, »Finanzmärkte dürfen sich nicht mehr verselbständigen«, »Banken müssen so strukturiert und kapitalisiert sein, dass ein Kursverfall von Vermögenswerten keine katastrophalen Folgen für die Realwirtschaft hat«. Die erste Forderung ist meines Erachtens nicht nachvollziehbar, denn die Finanzmärkte, die Börsen aber auch die Anleihenmärkte und der Handel mit toxischen Wertpapieren sind heute so verselbstständigt wie eh und je.¹⁰

Die zweite Forderung, dass sich die österreichischen Banken so stark mit Eigenkapital ausstatten und so umstrukturieren müssen, dass sie eine Finanzkrise sicher überstehen, macht Sinn muss aber von den bisherigen gültigen völlig unzureichenden Regulierungsversuchen viel schärfer abgegrenzt werden.

Führende Bankökonominnen wie Martin Hellwig sind der Meinung, dass eine Bank eine Eigenkapitalquote in der Höhe eines Industriebetriebes brauche um ähnlich sicher zu sein.¹¹ Zudem müssten Banken zur Berechnung der Eigenkapitalquote, das Eigenkapital in ein Verhältnis zu ihren gesamten Passiva stellen und nicht – wie aktuell üblich – zu einer sogenannten *risikogewichteten* Bilanz. Würden Banken ausreichend hohe Eigenkapitalpolster aufbauen¹², dürften sie jahrelang keine Gewinne mehr ausschütten. Welcher Aktionär würde in so eine Bank investieren?

Daher braucht es jedenfalls für die systemrelevanten österreichischen Banken ein neues Geschäftsmodell, wenn nicht wieder der Steuerzahler für ihre Rettung aufkommen soll.


BANKEN SOLLEN DER ALLGEMEINHEIT DIENEN

Wollen wir wirklich sichere Banken haben, die der Realwirtschaft dienen, sollten wir zurückkehren zu einem sicheren System gemeinnütziger Banken. Zweckmäßig wäre eine Mischung aus Sparkassen, Landesbanken und Genossenschaftsbanken, deren Geschäftsführung – anders als in den letzten 25 Jahren! – wieder der Gemeinnützigkeit und dem traditionellen Bankgeschäft in Österreich verpflichtet werden.¹³ Daneben kann es durchaus noch Privatbanken geben. Diese dürften aber nicht so groß werden, dass sie Systemrelevanz bekommen und sie könnten nicht mehr mit einer Rettung durch den Steuerzahler rechnen. Die Allgemeinheit sollte nur noch das Risiko für Banken tragen, die auch der Allgemeinheit dienen, denn selbst in der neoliberalen Wirtschaftstheorie sollte der Risikoträger auch der Eigentümer sein. Ein System von gemeinnützigen Banken ist zudem essentiell, wenn es darum geht, genug Kapital für innovative Projekte mit langem Inves-

titionshorizont aufzutreiben. Die Ökonomin Mariana Mazzuato hat gezeigt, dass sich eine erfolgreiche Start-up-Szene, aber auch erfolgreiche innovative Industrie-Cluster nur dann entwickeln können, wenn es irgendeine Form von öffentlichen Kreditgeber gibt, der bereit ist, auf längere Frist Geld vorzustrecken, ohne eine schnelle Rendite zu erwarten – sogenanntes geduldiges Kapital (*patient capital*)¹⁴. Besonders viel geduldiges Kapital braucht es um die dringend notwendigen Ausstieg aus dem fossilen Zeitalter zu bewältigen. Bill Gates geht davon aus, dass es einen Investitionshorizont von 20 Jahren braucht, den nur staatliche Akteure aufbringen können.¹⁵

MENSCHEN BRENNEN NICHT FÜR KOMPROMISSE

Am Beginn seiner Amtszeit hat Christian Kern etwas sehr richtiges gesagt: »Menschen brennen nicht für Kompromisse!« Die sozialdemokratischen Grundsätze und Ideale sind in der heutigen Welt so aktuell wie eh und je. Das System der kurzfristigen Profitmaximierung bedroht die Zukunft unseres Planeten, die steigende Ungleichheit gefährdet die Demokratie und ökonomische Ausbeutung des globalen Südens setzt nie dagewesene Migrationsbewegungen in Gang.

Jetzt gilt es zu zeigen, dass wir Konzepte haben, wie wir tatsächlich die Jäger nach dem schnellen Profit in die Schranken weisen, wie wir die ökonomische Entwicklung wieder an den nachhaltigen Bedürfnissen der Bevölkerung ausrichten und die Finanzmärkte zu Dienern der Realwirtschaft machen. Es gilt deutlich zu machen, dass wir nicht auf Europa warten bis wir den Menschen wieder in den Mittelpunkt unseres Handelns stellen, dass wir im Hier und Jetzt Schritte setzen auch, dann wenn es dafür in der Europäischen Union noch keine Mehrheit dafür gibt, und dass wir in Europa, aber auch auf anderen Kontinenten Bündnispartner suchen, im Kampf für eine Welt in der nicht der Profit, sondern der menschlichen Bedürfnisse im Zentrum stehen. 

JOSEF FALKINGER

ist Ökonom und Vorsitzender der FSG in der Statistik Austria.

1. Eine ausführlichere Analyse des Parteiprogrammes 1998 mit einem Vergleich zum Parteiprogramm 1978 findet sich hier: <http://blog.sektion-nacht.at/2014/03/zwei-partieprogramme-1978-und-1998/>
2. Die Losung ist dem Parteiprogramm 1978 entnommen, nicht aber mit den damit verbundenen konkreten Konzepten, wie dem Ausbau der betrieblichen Mitbestimmung. 50% der Aufsichtsratsmitglieder sollen laut Parteiprogramm 1978 wie in der deutschen Metallindustrie von Vertre-

- rInnen der Beschäftigten gestellt werden.
3. Seit Mitte der 80er Jahre hat sich die Sozialdemokratie immer mehr einer Politik der alternativlosen Sachzwänge unterworfen. Immer weniger wurde klar, worin eigentlich der Veränderungswille der Sozialdemokratie noch liegt. Einer der Hauptgründe, warum sie sich heute in vielen Ländern in einer schweren politischen Krise befindet. Dieser Gedanke wird in folgendem Text von mir genauer ausgearbeitet: „Zur programmatischen Krise der Sozialdemokratie“, <http://blog.sektionacht.at/2014/04/zur-programmatischen-krise-der-sozialdemokratie/>
 4. Es gibt bereits ein Beispiel, wo die Herangehensweise – nicht auf Europa zu warten – von der SPÖ gut umgesetzt wurde: das Gesetz gegen Lohn- und Sozialdumping. Die Generalunternehmerhaftung ist verbunden mit den ergänzenden Maßnahmen ein sehr gutes Instrument, um trotz offener Grenzen wirksamer gegen Lohn- und Sozialdumping vorzugehen.
 5. Unter Postdemokratie wird ein Zustand verstanden in dem auf Grund von übermächtigen Sachzwängen keine echten politischen Veränderungen durch Wahlen möglich sind.
 6. <https://klub.spoe.at/story/mehr-steuergerechtigkeit-%E2%80%93-schieder-legt-gesetz-gegen-gewinnverschiebung-vor>
 7. <https://spoe.at/story/kampf-gegen-steuerflucht-nur-lippenbekenntnisse-von-der-oevp>
 8. Der Ökonom Adolph Wagner wusste bereits vor über 100 Jahren, dass steigender gesellschaftlicher Wohlstand zwangsläufig mit steigenden Staatsausgaben verbunden ist. Das Wagnersche Gesetz ist nach ihm benannt.
 9. In Wirklichkeit sind fünf Schritte denkbar: erstens Vermögenssteuern (mit großem Freibetrag, zweitens Erbschaftssteuern (mit großem Freibetrag), drittens 60% und 70% Einkommenssteuersatz für Höchsteinkommen, viertens die Bekämpfung der Steuerhinterziehung durch einen massiven Ausbau der Finanzpolizei und die Ausweitung der Prüfungen mit steigender Firmengröße, fünftens die unilaterale Umsetzung der im Regierungsprogramm 2016 beschlossenen Maßnahmen gegen Steuerflucht.
 10. Ursache des dramatischen Anstiegs der Vermögenswerte während der letzten Jahre ist nicht die realökonomische Entwicklung, sondern vielmehr die Nullzinspolitik der Zentralbanken. Darüber hinaus haben die Zentralbanken im Ausmaß von einigen Billionen € öffentlichen Geldern Wertpapiere aufgekauft. (quantitative easing).
 11. Vergleiche Anat Admati, Martin Hellwig: Des Bankers neue Kleider FBV, 2013,
 12. Eine Kurzfassung der Ideen dieses Buches findet sich hier: <https://www.awblog.at/wie-stabil-sind-unsere-banken-wirklich/> Admati und Hellwig kritisieren an der herrschenden Bankenregulierung vor allem, das noch immer eine verkürzte risikogewichtete Bilanz herangezogen wird, um das nötige Eigenkapital zu bestimmen und notwendige Umstrukturierungen zu ermitteln.
 13. Der Bankökonom Martin Hellwig ist der Frage nachgegangen warum Banken heute überhaupt mit wesentlich geringerem Eigenkapital operieren wie beispielsweise Industriebetriebe und trotzdem ihre Kreditwürdigkeit nicht verlieren. Er hat nur eine Antwort gefunden: Sie können auf Grund ihrer Systemrelevanz damit rechnen vom Staat gerettet zu werden.
 14. In Wirklichkeit ist Österreich so lange gut mit seinen Banken gefahren, so lange die österreichische Bankenlandschaft aus gemeinnützigen Sparkassen, Landesbanken und Genossenschaftsbanken bestand, die sich auf ein bodenständiges Kreditgeschäft gestützt haben, um die Entwicklung der Realökonomie zu unterstützen. Diese Idylle endete, als sich ab den 80er die Banken trotz ihrer gemeinnützigen Träger (Gewerkschaft, Genossenschaft, Land) mehr und mehr nach dem Vorbild profitmaximierender Aktiengemeinschaften aus dem angelsächsischen Welt orientierten, in ihren Satzungen den gemeinnützigen Zweck aufgaben und einen Expansionskurs einschlugen. Mit zum Teil verheerenden Folgen. Den deutschen Sparkassen hingegen, die sich anders als die Landesbanken dieser Veränderung widersetzen, konnte die Finanzkrise kaum etwas anhaben.
 15. Siehe auch Mariana Mazzucato, Das Kapital des Staates, Kunstmann 2014. Eine kürzere Darstellung dieser Idee findet sich hier: [http://blog.sektion-](http://blog.sektionacht.at/wp-content/uploads/2017/02/Staat-oder-Markt_Falkinger.pdf)

nacht.at/wp-content/uploads/2017/02/Staat-oder-Markt_Falkinger.pdf
 Bill Gates sagte in einem Interview, mit The Atlantic dass nur der Sozialismus das Klima retten könne: <https://www.theatlantic.com/magazine/archive/2015/11/we-need-an-energy-miracle/407881/>

Ydessa Hendeles. Death to Pigs

KUNSTHALLE WIEN





**Ausstellungsansicht: Ydessa Hendeles. Death to Pigs:
Detail aus Crypt**

Ausstellungsansicht: Ydessa Hendeles. Death to Pigs, Kunsthalle
Wien 2018, Foto: Stephan Wyckoff: Detail aus Crypt, 2016, ©
Ydessa Hendeles, Courtesy die Künstlerin

Von der Selbsttäuschung zur Emanzipation

Wolfgang Edel Müller nimmt in sechs Punkten Stellung zum Diskussionspapier für ein neues Grundsatzprogramm, in dem er sich noch mehr Klarheit wünscht: Neben einer Auseinandersetzung mit dem Irrweg des Dritten Wegs und der historischen Rolle der Sozialdemokratie brauche es konkretere Konzepte zur Vollbeschäftigungs- und Europapolitik ein präziseres Verständnis der entscheidenden Rolle gewerkschaftlicher Lohnkämpfe für die Verteilungsfrage und eine klare Abgrenzung eines umfassenden, emanzipatorischen sozialdemokratischen Sozialstaats-Begriffs von konservativen, rassistischen und liberalen Sozialstaatskonzepten.

Das Diskussionspapier stellt eine sehr gute Basis für ein aktuelles Grundsatzprogramm der Sozialdemokratie dar, lässt aber m.E. einige wichtige Akzente vermissen, die in diesem Beitrag näher ausgeführt werden sollen

DER SELBSTTÄUSCHUNG ENTSAGEN: EINE ABSAGE AN DEN DRITTEN WEG

Die dezidierte Absage an den Neoliberalismus bzw. den »Dritten Weg« als sozialdemokratische Trittbrettfahrervariante des Neoliberalismus fehlt. Über dieses Thema kann man angesichts des deplorablen Zustands der europäischen Sozialdemokratie nicht ohne weiteres hinweggehen, zumal ein ursächlicher Zusammenhang zwischen der Krise der Sozialdemokratie und den diversen Varianten der sozialdemokratischen Adaption des Neoliberalismus (z.B. New Labour, Agenda 2010 und einschlägige Imitate) gegeben ist. Die Formulierung in den »Vorbemerkungen« Punkt (3), dass »die Sozialdemokratie in den letzten Jahrzehnten in ganz Europa mit einem mehr oder weniger erfolgreichen Abwehrkampf gegen die neoliberale Demontage des Sozialstaats beschäftigt (war)« und »dabei an Zustimmung und Unterstützung verloren (hat)« ist eine Einladung zur Selbsttäuschung, die nicht angebracht ist.

Die europäische Sozialdemokratie ist deswegen in einer Vertrauenskrise, weil vor allem in der unteren, sozial benachteiligten und zunehmend prekarierten Hälfte der Bevölkerung immer weniger Bedarf nach politischer Repräsentanz in

einer Sozialdemokratie besteht, die nicht sozialdemokratisch ist, weil ihre politische Agenda zu sehr in den ideologischen Sog der neoliberalen Hegemonie in der Wirtschafts- und Sozialpolitik geraten ist. Das muss man klar an- und aussprechen, wenn man im Jahr 2018, wo die SPÖ gerade noch die Hälfte des WählerInnenanteils der »Ära Kreisky« auf die Zustimmungswaage bringt (und damit ist sie im Vergleich zu einer Reihe europäischer Schwesterparteien noch relativ gut dran!), ein aktuelles Grundsatzprogramm verfasst, das eine sozialdemokratische Perspektive für die nächsten zwei Jahrzehnte eröffnen soll. Ganz abgesehen davon, dass man sich in den »Vorbemerkungen« auch zur Zukunft der europäischen Linken im weitesten Sinn und der Rolle der Sozialdemokratie im pluralen Konzert der europäischen Linken äußern sollte, weil die politische Strategie- und Bündnisfrage künftig über den politischen Gestaltungseinfluss der sozialdemokratischen Parteien entscheiden wird.

DIE HISTORISCHE MISSION DER SOZIALDEMOKRATIE

Die »Grundwerte« bedürfen m. E. einer historischen Kontextualisierung auch mit der Geschichte der ArbeiterInnenbewegung und der historischen Mission der Sozialdemokratie, sonst »hängen sie in der Luft« und können überall herkommen, auch wenn sie so breit wie möglich geteilt werden sollen. Folgender oder ein ähnlicher Text könnte dem Grundwertekapitel (Kapitel 2) vorangestellt werden:

»Woher wir kommen und wohin wir gehen oder Unsere konkrete Utopie: der demokratische Sozialismus

Die Sozialdemokratie ist die historische Gründungspartei der internationalen ArbeiterInnenbewegung. Ihre ideengeschichtlichen Wurzeln sind daher untrennbar mit der sozialistischen Emanzipation der Arbeit verbunden. Auf dem Weg durch 130 Jahre wechselvolle Geschichte hat die österreichische Sozialdemokratie einen unschätzbaren Fundus an politischen und programmatischen Erfahrungen gesammelt, die vom ursprünglichen Kampf der ArbeiterInnenklasse um staatsbürgerliche Gleichberechtigung über den entschlossenen Widerstand gegen Faschismus und Diktatur bis zur demokratischen Ermächtigung der arbeitenden Bevölkerung im Sozial- und Wohlfahrtsstaat einen weiten Bogen spannen.

Die geistige Kraftquelle für diese historische Beständigkeit war stets die inspirierende Idee des demokratischen Sozialismus, in der sich die individuellen Freiheitspostulate der Demokratie mit den materiellen Gleichheitsgrundsätzen des Sozialismus zu einer gegenseitig befruchtenden Einheit verbinden, für die wir den Leitbegriff der »sozialen Demokratie« ins Treffen führen.

Unbeschadet der gegenwärtigen Etappe unserer Entwicklung, bleibt das historische Ziel der sozialdemokratischen ArbeiterInnenbewegung der demokratische Sozialismus. Er wird dereinst durch die Vollendung der politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Demokratie in einer Gesellschaft gleicher und freier Individuen, in der alle Klassengegensätze überwunden sind, verwirklicht. Die stets wandelnden Bedingungen unterworfenen Verwirklichung des demokratischen Sozialismus durch die aktive Politik der Sozialdemokratie folgt dem bewährten Prinzip der demokratischen Einheit von Weg und Ziel. Denn das historische Ziel des Sozialismus als vollendete Demokratie ist nur auf demokratischem Weg erreichbar.

Daher bedient sich die Sozialdemokratie bei allen ihren politischen Bestrebungen gleich welcher Art ausschließlich demokratischer Mittel. Sie fördert auf allen politischen Ebenen den demokratischen Prozess und stellt die Mitbestimmung der arbeitenden Menschen in den Mittelpunkt ihrer Aktivitäten in Staat, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur. Dabei ist die Mehrung von Freiheit, Gleichheit und Solidarität der arbeitenden Menschen auf fester demokratischer Grundlage der unverrückbare Maßstab für die konkreten Ziele sozialdemokratischer Politik.

Aus dieser historischen Mission erhalten die folgenden Grundwerte der Sozialdemokratie ihre bindende Aktualität.«

VOLLBESCHÄFTIGUNGSPOLITIK – WAS HEISST DAS?

Dem wirtschaftspolitischen Ziel der dauerhaft gesicherten Vollbeschäftigung (für alle bis zum gesetzlichen Vollzeitäquivalent arbeitswilligen Personen) und der kontinuierlichen Produktivitätsentwicklung als Basis von gesellschaftlichem und individuellem Wohlstand samt den sich daraus ergebenden Verteilungsimplicationen bezüglich Arbeit (Arbeitszeitpolitik), Einkommen (Lohnpolitik und Primäreinkommensverteilung) und Vermögen (Steuergerechtigkeit und sozialstaatliche Sekundäreinkommensverteilung) wird zu wenig Raum gegeben. Vollbeschäftigung wird nicht schon durch »ein Recht auf gute Arbeit für alle« erreicht (Kapitel 4, Punkt (2)), sondern durch konkrete Maßnahmen der Vollbeschäftigungspolitik, die neben den ausführlich dargestellten Formen der Arbeitszeitverkürzung zur Angebotsregulierung des Arbeitsmarkts (Punkt (4) im Kapitel 4) vor allem eine abgestimmte Geld-, Fiskal- und Einkommenspolitik zur beschäftigungsorientierten Steuerung der volkswirtschaftlichen Gesamtnachfrage erfordert. Daher sollte im Kapitel 4 im Kontext des anzustrebenden Vollbeschäftigungsziels auch der Rolle des Staates, der staatlichen Institutionen und der Sozialpartner als wirtschaftspolitische Akteure ein ausführlicher Punkt gewidmet werden.

DIE ROLLE DER GEWERKSCHAFTEN

Die entscheidende Rolle der Gewerkschaften im Lohnkampf, in der Einkommenspolitik und in der betrieblichen Mitbestimmung ist unterbelichtet. Es ist kaum vorstellbar, dass in einem sozialdemokratischen Grundsatzprogramm eine klare und ausführliche Position in der Gewerkschaftsfrage fehlt. Die Ausführungen in Kapitel 4, Punkt (11) (»Gemeinsam sind wir stark«) sind zu schwach, schließlich gehören die freien Gewerkschaften zur Basisorganisation der Sozialdemokratie (eine der auch historisch tragenden Säulen der Partei) und sind das entscheidende Kampfinstrument in der Primäreinkommensverteilung. Daher ist der Sozialstaat auch nicht »das einzige Umverteilungsinstrument, das wir haben« (Kapitel 3, Punkt (5)), vielmehr spielen die Gewerkschaften als soziale Bewegung der arbeitenden Bevölkerung eine entscheidende Rolle, auch als die kampfbereiten Verteidiger des Sozial- und Wohlfahrtsstaats.

Die demokratischen Gewerkschaftsrechte müssen daher immer und überall wirksam verteidigt werden. Die frei gewählten Betriebsräte und gewerkschaftlichen Vertrauenspersonen (u.a. eine Errungenschaft der »österreichischen Revolution« vor 100 Jahren) müssen als die einzigen betriebs-

demokratischen Organe unter dem autokratischen Eigentumsregime des unternehmerischen Kapitals einen besonderen Schutz genießen. Mit gesetzlichen Rahmenbedingungen für Tarifautonomie, zentrale Lohnfindungsprozesse und Flächentarifverträge soll dem neoliberalen Flexibilisierungswahn der Dezentralisierung und Individualisierung der Arbeitsbeziehungen entgegengewirkt werden. Der Weiterentwicklung gewerkschaftlicher Organisationsformen in einer stark individualisierten Gesellschaft sollte ein besonderes sozialdemokratisches Augenmerk gelten, usw. usf. Das Kapitel 4 verträgt also einige starke Unterpunkte zum Thema »Sozialdemokratie und Gewerkschaft«.

EUROPAPOLITIK

In der Europapolitik (Kapital 2: Für ein soziales und gerechtes Europa) fehlen entscheidende Inhalte: der Euro ist nicht krisenfest, weil der institutionelle Rahmen des Euro-Währungssystems unvollständig ist. (In der aktuellen EU-Diskussion fällt dieser Punkt unter das Thema »europäischer Finanzminister«, mit dem allerdings recht unterschiedliche Vorstellungen und Ziele einschließlich einer neoliberal disziplinierten Fiskalunion verfolgt werden.) Die österreichische Sozialdemokratie sollte daher (auch im Sinne ihrer internationalistischen Tradition) für supranationale Souveränität eintreten, um die EZB und das ESZB (Euro-Geldmonopol und Geldpolitik) durch ein nach einheitlichem Wahlrecht legitimiertes EWU-Parlament (Souveränitätsträger mit Steuer- und Budgethoheit als Teil des Europäischen Parlaments) und eine europäische Budgetbehörde (»europäischer Finanzminister«) jenseits des herrschenden Beitragsklubs mit EWU-parlamentarisch ermächtigter Steuererhebungskompetenz samt Verschuldungsfähigkeit (Fiskalpolitik) zu ergänzen. Und dabei sollte man sich keinesfalls vom Eurobond-Schreckgespenst der konservativen und rechtspopulistischen Gegner der Transferunion, die mit ihren provinziellen Subsidiaritätsforderungen die EU bloß schwächen wollen, beeindrucken lassen.

Die europäische Sozialdemokratie hat die einmalige Chance, diesen supranationalen Souveränitätsdiskurs gegen die links- und rechtsnationalistischen Euro- und EU-Kritiker bzw. -Gegner ebenso, wie gegen das neoliberale Dirigat der konservativ dominierten EU-Institutionen in der Wirtschaftspolitik anzuführen. Erst wenn der vervollständigte staatliche Rahmen des Euro-Währungssystems auf supranationaler Souveränitätsebene durch die institutionelle Triade Parlament, Finanzbehörde und Zentralbank auch die wirtschaftspolitischen Instrumente für die EWU-weite Konvergenz

zu Vollbeschäftigung, Preisstabilität und dynamischer Wohlstandsentwicklung hergestellt hat, kann gegen die sozialökonomischen Herrschaftsinteressen der neoliberalen Austeritätspolitik und gegen die nationalen Hegemoniebestrebungen der merkantilistischen Handelspolitik wirkungsvoll und nachhaltig eingeschritten werden. Die Basis müsste eine koordinierte Geld-, Fiskal- und Einkommenspolitik sein, wobei die Akteure auf supranationaler EWU-Ebene (EWU-Parlament, ESM/ EWF oder EWU-Finanzverwaltung, EZB) und auf einzelstaatlicher Mitgliederebene (Parlamente, Finanzverwaltungen und ESZB) in einem institutionellen System föderaler Souveränität zusammenwirken müssten (horizontale und vertikale Koordination). Ohne gleich in die idealistischen und realitätsfernen Höhen der »Vereinigten Staaten von Europa« abzuheben: In der Rangordnung der perspektivischen EU-Zwischenziele zur Vertiefung der europäischen Integration müssten diese Vorhaben die oberste Priorität erhalten.

Im Übrigen müssten die weiteren EU-Etappenziele mit realistischem Zeithorizont wie folgt lauten: a) sukzessive Arrondierung der EU-Vollmitgliedschaften auf dem Balkan (Serbien, Kosovo, Bosnien und Herzegowina, Montenegro, Albanien, Mazedonien) und im Osten Europas (Moldawien, Ukraine, Weißrussland) sowie immerwährende Aufnahmebereitschaft für die derzeitigen Outs (Norwegen, Schweiz, Vereinigtes Königreich ab 2019) mit auf lange Sicht flächendeckender gemeinsamer Währung, sodass EWU und EU auf Basis eines institutionellen Rahmens supranationaler Souveränität mit einem starken föderalen Unterbau aus souveränen Mitgliedsstaaten langfristig zusammenwachsen, b) schrittweise Erweiterung der wirtschaftlichen Assoziierungsräume für die Mittelmeeranrainerstaaten des Nahen Ostens und des Maghrebs sowie Russlands und seiner eurasischen Verbündeten mit dem Euro als potenzielle Ankerwährung für die assoziierten Partnerländer, c) Schaffung eines offenen europäisch-afrikanischen Kooperationsystems (Fonds, Entwicklungsbanken, Kooperationsabkommen) zur wirtschaftlichen Entwicklung und politischen Stabilisierung des afrikanischen Kontinents (internationaler »Marshallplan« für Afrika unter EU-Organisationsverantwortung).

DIE SOZIALDEMOKRATISCHE SOZIALSTAATS-VISION


Zu Recht wird der Sozial- und Wohlfahrtsstaat als Errungenschaft der Sozialdemokratie dargestellt, die einer gezielten Weiterentwicklung bedarf. Dabei sollte man m.E. als Klarstellung eine Abgrenzung gegen Sozialstaatsformen vornehmen,

die vielfach auch Ausdruck des »Klassenkampfes von oben« sind, darunter fallen im Konkreten:

a) der armutsverwaltende Sozialstaat der Neoliberalen und Rechtskonservativen, der gegen die drohende Verelendung sozialstaatliche Versorgung auf Armutsniveau um den Preis drakonischer Freiheitseinschränkungen anbietet und im Übrigen die Befreiung von Armut weitgehend der privaten Selbstverantwortung und Eigeninitiative überlässt, die durch den individuellen Druck der Armutsgefährdung angeregt werden soll; die Proponenten dieser Sozialstaatsform lamentieren gerne über die staatliche »Übersozialisierung«, forcieren die steuerliche Förderung der privaten Almosenfürsorge und handieren bevorzugt mit »Mindestsicherungskonzepten«, die zu einer sozialen Armutskultur führen;

b) der diskriminierende Sozialstaat der Rechtspopulisten und identitären Nationalisten, der bestimmte gesellschaftliche Gruppen (ethnische und religiöse Minderheiten, ImmigrantInnen, AsylantInnen, stigmatisierte Arbeitslosen- und SozialhilfeempfängerInnen, behinderte Menschen u.v.a. mehr) vom gleichberechtigten Zugang zu Sozialleistungen ausschließt oder die Erlangung von sozialstaatlicher Hilfe schikanös einschränkt, womit die erwünschte Marginalisierung unliebsamer Randgruppen erreicht und ein sozial vergiftetes Klima des »Hinuntertretens« gefördert wird, ohne dass für die angeblich bevorzugte Mehrheit irgendein sozialer Vorteil entsteht;

c) jene liberalistischen Formen von bedingungslosem Grundeinkommen, die mit dem Bezug von Grundeinkommen den (teilweisen) Ersatz von sozialstaatlichen Leistungen verbinden, damit die soziale Segregation der benachteiligten Gruppen in die Dauerarmut fördern und gleichzeitig die selbsthilfestarken AufsteigerInnengruppen privilegieren, wodurch eine weitere Zerklüftung der Gesellschaft riskiert wird.

Der von der Sozialdemokratie zu verteidigende und weiterzuentwickelnde Sozial- und Wohlfahrtsstaat hingegen zielt auf wirtschaftlichen Ausgleich und soziale Sicherheit für alle auf armutsvermeidendem Anspruchsniveau und fördert die demokratische Ermächtigung der arbeitenden Bevölkerung, um einer integrierenden Gesellschaft mit emanzipatorischen Perspektiven zum Durchbruch zu verhelfen. 

WOLFGANG EDELMÜLLER

ist Ökonom und Banker und lebt in Wien und im Waldviertel.

Ydessa Hendeles. Death to Pigs

KUNSTHALLE WIEN





**Ausstellungsansicht: Ydessa Hendeles. Death to Pigs:
Detail aus Crypt**

Ausstellungsansicht: Ydessa Hendeles. Death to Pigs, Kunsthalle
Wien 2018, Foto: Stephan Wyckoff: Detail aus Crypt, 2016, ©
Ydessa Hendeles, Courtesy die Künstlerin

Labours Brexit-Debatte

Theresa May spielt in den Brexit-Verhandlungen weiter auf Zeit, doch mit einer Neujustierung von Labours Brexit-Position hat Jeremy Corbyn die Grundlage für eine drohende Abstimmungsniederlage im Unterhaus geschaffen. Ludwig Dvořák argumentiert, warum Corbyn Recht damit hat, sich den innerparteilichen Rufen nach einem »zweiten Referendum« zu widersetzen.

Weitgehend unbemerkt von der breiteren europäischen Öffentlichkeit, hat sich die britische Regierung mit der Europäischen Union auf die Rahmenbedingungen für eine »Übergangsperiode« nach dem Brexit geeinigt. Mit dem britischen Austrittsantrag im März 2017 wurde eine zweijährige Frist ausgelöst, an deren Ende das Ausscheiden Großbritanniens aus der EU steht. Sehr schnell wurde klar, dass selbst wenn die Austrittsbedingungen in diesem Zeitraum geregelt werden können – was nach wie vor nicht feststeht – ein Übergangszeitraum notwendig sein wird, um es v.a. der britischen Wirtschaft zu ermöglichen, sich den neuen Bedingungen anzupassen.

Für Aufregung hatte dieser naheliegende Gedanke v.a. unter den Hardcore-Brexitern der Konservativen gesorgt, die hysterisch vor einer »Verwässerung« des Brexit warnten. Premierministerin Theresa May versuchte, diese Kritik mit der stereotypen Wiederholung der nichtssagenden Phrase »Brexit heißt Brexit« und der gelegentlichen öffentlichen Demütigung ihres als EU-»freundlich« geltenden Schatzkanzlers Philipp Hammond zu beschwichtigen. Gleichzeitig verunmöglichte die Sorge vor weiterer innerparteilicher Rebellion monatelang jeden Verhandlungsfortschritt.

Hysterisch waren auch die Reaktionen, als Labour vergangenen Sommer forderte, dass Großbritannien während des Übergangszeitraums Teil der Zollunion und des gemeinsamen Marktes bleiben solle.¹ Dass diese Forderung kontrovers aufgenommen wurde, zeigt die Irrationalität der Debatte auf: Schließlich besteht der wesentliche Sinn einer Übergangsperiode gerade darin, dass die Regeländerungen eben nicht sofort, sondern erst nach der Übergangsperiode greifen.

DIE ÜBERGANGS-EINIGUNG

Heimlich, still und leise haben nunmehr auch die konservativen Brexit-Verhandler diese Realität akzeptiert. In der am 19.3. veröffentlichten Einigung zur Übergangsperiode ist von den skurrilen Forderungen der Hardcore-Brexiters wenig übriggeblieben.² Sie soll bis 31.12.2020 dauern. In dieser Phase wird nicht nur die Zollunion weiterbestehen, sondern wird Unionsrecht weiter gelten. Insbesondere werden die Grundfreiheiten – also auch die Personenfreizügigkeit, die das Hauptziel rechter Brexit-Propaganda war – bestehen bleiben. Im Großen und Ganzen wird sich Großbritanniens Stellung in der EU während der Übergangsperiode nicht ändern – mit Ausnahme des Verlusts jedes Mitspracherechts.

DAS NORDIRLAND-PROBLEM

In Großbritannien feierte Premierministerin Theresa May die erzielte Einigung als Symbol für die beim Brexit erzielten Fortschritte. Tatsächlich wurden die bislang substanziellsten Verhandlungsfortschritte erzielt. Doch die wirklich heiklen Punkte bleiben weiter ungelöst. Auch wenn britische Wirtschaftsverbände sich über die Übergangsperiode erleichtert zeigen² – das In-Kraft-Treten der Übergangsvereinbarung setzt weiter eine Einigung in den Austrittsgesprächen voraus.

Und hier bleibt weiter offen, was die Phrase »Brexit heißt Brexit« in der Praxis konkret heißen soll. Die Hardcore-Brexiters haben bislang ein Bild des Brexit gezeichnet, in dem Großbritannien freien Zugang zu Europas Märkten hat, gleichzeitig aber in Handelsfragen und bei den Grundfreiheiten an keine Verpflichtungen gebunden ist.

Die mit heißer Luft gefüllten Seifenblasen der Brexiteers drohen v.a. an den Felsen eines verhältnismäßig kleinen Teils

des Vereinigten Königreichs zu platzen: Nordirland. Jahrzehntlang Schauplatz eines blutigen politischen Konflikts zwischen nordirischen Unionisten bzw. der Londoner Zentralregierung einerseits und irischen Republikanern andererseits, hatte das Karfreitagsabkommen 1998 eine friedliche Annäherung im 1,8-Millionen-Land bewirkt. Doch schon seit Monaten ist die Autonomieregelung wegen unüberbrückbaren Differenzen zwischen Unionisten und Sinn Féin suspendiert. Das Wiederentstehen einer spürbaren Grenze zwischen Nordirland und der Republik Irland nach dem Brexit ist eine zusätzliche Horrorvision. Die Regierung hat daher versprochen, das Entstehen einer »hard border« jedenfalls zu vermeiden. Doch bislang besteht kein schlüssiges Konzept, wie das funktionieren soll. Die EU hat die Möglichkeit ins Spiel gebracht, dass Nordirland Teil des gemeinsamen Marktes bleibt.

Das würde zwar tatsächlich eine »hard border« auf der irischen Insel vermeiden, zwangsläufig aber eine Zoll- und Reisegrenze innerhalb des Vereinigten Königreichs – zwischen Nordirland und Großbritannien – implizieren. Theresa Mays wacklige Regierung ist in Westminster aber auf die Stimmen der nordirischen Unionisten angewiesen, die eine offene Grenze nach Irland keinesfalls mit einer geschlossenen Grenze zu Großbritannien bezahlen wollen. Das Übergangsabkommen beschränkt sich daher neuerlich auf Absichtserklärungen, eine »hard border« zu vermeiden. Theresa May spielt weiter auf Zeit. Doch die geht ihr langsam aus.

DIE SKRIPAL-MORDANSCHLÄGE UND DER TRAUM VOM EMPIRE

Das ist mit ein Grund, warum die britische Regierung nach dem Giftanschlag auf einen ehemaligen russischen Spion und seine Tochter im englischen Salisbury vor wenigen Wochen fleißig an der Eskalationsspirale mit Moskau dreht. Zwar scheint festzustehen, dass das verwendete Gift ein in Russland produzierter chemischer Kampfstoff ist, die näheren Umstände der Tat sind aber weiter ungeklärt. Trotzdem hat Mitte März Großbritannien 23 russische Diplomaten ausgewiesen. Dass 18 EU-Staaten als Zeichen der Solidarität insgesamt 115 russische Diplomaten ausgewiesen haben, ist in den Augen von Verteidigungsminister Gavin Williamson »für sich selbst ein großer Sieg«. ⁴ Worin dieser delirierte Sieg abseits der wechselseitigen Dezimierung der diplomatischen Korps – Russland weist im gleichen Ausmaß westliche Diplomaten aus – bestehen soll, ist wohl nur vor dem Hintergrund der britischen Innenpolitik und der Brexit-Verhandlungen verständlich: Die Brexiteers versprechen sich vom Austritt Groß-

britanniens wieder eine gefühlt zustehende Rolle in der Weltpolitik, die das Land wirtschaftlich, politisch und militärisch bereits vor Jahrzehnten eingeübt hat. ⁵ Den Brexit verbinden die Rechtsausleger der britischen Politik mit der skurrilen Vorstellung einer Rückkehr zu imperialer Größe.

Theresa May hofft in ihrem Kampf ums politische Überleben in der Konfrontation mit Russland diese Weltmachtfantasien bedienen zu können. Mit der Ausweisung einer Handvoll Diplomaten und Kalter-Krieg-Rhetorik hofft sie den Anschein jener Handlungsfähigkeit zu erwecken, den sie weder beim Brexit, noch in der britischen Innenpolitik tatsächlich hat. Die Illusion mancher Brexit-Gegner, das »geschlossene Auftreten« gegen Russland werde dazu beitragen, die Absurdität des Brexit transparent machen ⁶, ist daher von vornherein zum Scheitern verurteilt. Es bleibt zu hoffen, dass sich die Nuklearmacht Großbritannien darauf beschränkt »große Siege« weiter durch die Ausstellung von Flugtickets an russische Diplomatenfamilien zu erringen.

LABOURS BREXIT-DILEMMA

Für Labour macht es die Zerrissenheit der Konservativen nicht einfacher, die eigene Brexit-Position zu bestimmen: Im Kabinett von Theresa May gibt es zu jeder Frage rivalisierende Meinungen und in der konservativen Parlamentsfraktion übertrumpfen sich Proponenten des rechten Flügels wechselseitig mit völlig aberwitzigen Forderungen und Versprechen. Es ist bezeichnend, dass in den ersten Tagen nach der Übergangseinigung die Frage der Fischfangquoten (!) zum emotionalen Zankapfel wurde. Umweltminister Michael Gove – ein führender Brexit-Proponent – hatte versprochen, dass die Übergangsperiode, in der Großbritanniens Fischereindustrie an die EU-Quoten gebunden sei, verkürzt würde. ⁷ Umso empörter reagierten konservative Abgeordnete nun darauf, dass die Premierministerin das Abkommen nicht an den Fischereiquoten hat scheitern lassen und Großbritannien de facto bis 2020 an die Quoten gebunden bleibt. ⁸

Doch bei aller Absurdität solcher Debatten sollte das nicht den Blick auf die dahinterliegenden politischen Probleme verstellen. Umfragen zeigen, dass rund 30% der tatsächlichen Labour-WählerInnen und knapp 40% potenzieller Labour-WählerInnen 2016 für den Austritt stimmten. ⁹ Viele jener Regionen, in denen sich das Brexit-Lager durchsetzte, werden seit Jahrzehnten wirtschaftlich links liegen gelassen. Erst vor wenigen Tagen zeigte eine Studie, dass in Brexit-Regionen die Löhne stark hinter der wachsenden Produktivität zu-

rückbleiben.¹⁰ Auch wenn die Rechten alles versuchten und weiter versuchen, den Brexit national-chauvinistisch und rassistisch aufzuladen – das Motiv vieler Brexit-WählerInnen ist das Aufbegehren gegen himmelschreiende soziale Missstände.

An diesen Missständen wird der Brexit selbst natürlich nichts ändern. Es erklärt aber, warum Jeremy Corbyn dem Drängen vieler Sozialliberaler innerhalb und außerhalb seiner Partei, die Verhinderung des Brexit zum zentralen KampftHEMA zu machen, widerstanden hat. Corbyn und sein Team haben verstanden, dass dieses Thema zuallererst die eigene WählerInnenschaft spaltet und gleichzeitig von den drängenden sozialen Problemen, die den realen Hintergrund der Brexit-Mehrheit bilden, ablenkt. Anders als in Österreich, wo sich die SPÖ in einen Asyl-Wahlkampf verstricken hat lassen, ließ Labour im Frühjahr 2017 Mays auf den Brexit fokussierte Wahlkampagne ins Leere laufen. Durch radikale Politikalternativen stellte sie erfolgreich die soziale Frage in den Mittelpunkt. Dies ist umso notwendiger, als es alles andere als sicher ist, dass ein zweites Brexit-Referendum anders ausgeht, als das erste.

Doch je näher der Brexit rückt, desto mehr steigt der Druck auch auf die Opposition ihre Ziele zu konkretisieren. Labour hatte sich monatelang darauf beschränkt, zu erklären, das Referendum zu respektieren und in den Verhandlungen die Rechte aller in Großbritannien lebenden EU-BürgerInnen zu wahren, der Wirtschaft, den Arbeitsplätzen und fairen Arbeitsbedingungen den Vorrang gegenüber Migrationsobergrenzen einzuräumen.

Angesichts einer Regierung, die sich standhaft weigerte, konkrete Verhandlungsziele zu benennen erwies es sich als richtig, selbst die Karten nicht zu früh auf den Tisch zu legen. Dies umso mehr, als auch die »roten Linien« der als EU-freundlich geltenden konservativen Abgeordneten lange in Bewegung waren und sind.

GESCHICKTER SCHACHZUG

Ende Februar 2018 präsentierte der Schatten-Brexit-Minister Keir Starmer nun aber eine neue Linie des Schattenkabinetts, die punktgenau darauf ausgerichtet ist, die Spaltungslinien in der konservativen Fraktion zu vertiefen. Labour befürwortet nunmehr offiziell die Weiterführung der Zollunion. Dies ist eine der ersten und wichtigsten Bedingungen für die Beibehaltung einer »soft border« in Nordirland. Und es ist gleichzeitig Gegenstand eines von acht konservativen Abgeordneten

unterstützten Abänderungsantrags zur EU-Austritts-Gesetzgebung.¹¹ Mit Labours innerparteilich lang ausdiskutierter Position sind die Chancen auf einen Sturz der Regierung May enorm gestiegen.¹²

AUFBÄUMEN DER INNERPARTEILICHEN CORBYN-GEGERNER

Denn während Corbyns Schattenkabinetts, ebenso wie die Regierung, die Brexit-Debatte als Teil des Machtpokers über den Fortbestand der wackligen Regierung Mays sieht und den Sturz der Premierministerin und ihrer asozialen Politik als vordringliche Aufgabe erachtet, ist für viele blairistische Labour-Abgeordnete der Brexit die letzte vermeintliche Trumpfkarte im schon weitgehend verlorenen Kampf um die Kontrolle der Labour Party.

Nachdem Corbyn nicht nur die Urwahl 2015 und den innerparteilichen Putschversuch 2016, sondern auch die Unterhauswahlen 2017 an den Urnen für sich entschieden hat, befindet sich der immer mehr auf die Parlamentsfraktion zusammenschrumpfende Corbyn-kritische Parteiflügel im ungeordneten Rückzug. Am Parteitag 2017 konnte Corbyn eine Statutenänderung und damit drei zusätzliche von den Mitgliedern gewählte Vorstandssitze durchsetzen. Seit heuer verfügt er deshalb – erstmals seit seiner Wahl 2015 – über eine Mehrheit im Parteivorstand (National Executive Committee – NEC) der Partei. Nach dem Rücktritt von Generalsekretär Iain MacNicol, der 2016 vor Gericht den Ausschluss zehntausender als Corbyn-freundlich geltender Parteimitglieder von der Urwahl durchgesetzt hatte, Ende Februar 2018 steht auch der zentrale Parteiapparat nicht mehr unter der Kontrolle eines offenen Corbyn-Gegners.

Umso mehr versuchen die innerparteilichen Gegner Corbyns, ihm in der Brexit-Debatte Schaden zuzufügen und einen Keil zwischen Corbyns Team und die hunderttausenden neuen Mitglieder zu treiben, die überwiegend für den Verbleib in der Union sind. Ausgerechnet Corbyns Gegenkandidat 2016 Owen Smith, den Corbyn nach den Unterhauswahlen als Zeichen der innerparteilichen Aussöhnung ins Schattenkabinetts geholt hatte, forderte – drei Wochen nach der im Schattenkabinetts akkordierten Neuausrichtung von Labours Brexit-Position und sieben Wochen vor den Kommunalwahlen in England – in einem Zeitungsartikel ein zweites Brexit-Referendum.¹³ Corbyns Reaktion folgte der Logik der britischen Innenpolitik, in der das (Schatten-) Kabinetts eine »kollektive Verantwortung« für die, in diesem Fall aus-

föhrlich diskutierte und abgestimmte, gemeinsame Linie trägt: Er entließ Smith aus dem Schattenkabinett, so wie er den Corbynista Chris Williamson wenige Wochen vorher aus der Schattenregierung entfernt hatte, weil dieser in Steuerfragen unabgesprochen vorgeprescht war.

Die Idee eines zweiten Referendums geistert seit dem Abstimmungs-Schock 2016 durch die britische Innenpolitik. Sie hat v.a. in den großen Städten und in den linksliberalen Medien breite Unterstützung. Die Ablehnung dieser Forderung durch Corbyn und sein Schattenkabinett ist aber trotzdem wohlbegründet: Sie würde genau jene Polarisierung und Spaltung des Landes befördern, die Labour 2017 erfolgreich vermieden hat und würde den Konservativen helfen, von ihrer Bilanz des Sozialabbaus abzulenken. Corbyns Kalkül ist klar: Übernimmt eine Labour unter seiner Führung die Regierung, bietet der bislang von den Tories angerichtete Verhandlungsschlamassel genügend Spielraum, um zu einer vernünftigen Brexit-Lösung zu kommen. Findet jedoch ein zweites Brexit-Referendum statt, zementiert das, unabhängig vom keineswegs sicheren Ausgang, jedenfalls eine konservative Regierung in einer ultra-rechten, national-chauvinistischen Variante dauerhaft ein.

Es entbehrt nicht einer gewissen Komik, dass ausgerechnet ein ehemaliger Minister der Regierung Tony Blairs, der keinerlei Abweichung von den zumeist im kleinsten Kreis festgelegten Entscheidungen der Regierungsspitze zuließ, im Zusammenhang mit Smiths Entlassung von einem »schrecklichen stalinistischen Putsch« sprach.¹⁴ Angesichts des in Großbritannien seit Jahrzehnten akzeptierten Prinzips der »kollektiven Verantwortung« des Kabinetts ist die Wahl dieser Formulierung wohl kein Zufall und fällt zeitlich mit verschiedenen Äußerungen ehemaliger blairistischer, konservativer und liberaldemokratischer Parteigrößen zusammen, die über eine pro-europäische Zentrumsparterie sinnieren. Es ist nicht auszuschließen, dass die Blairisten diesen Weg beschreiten könnten, wenn sie keine innerparteilichen Möglichkeiten mehr sehen, Corbyns Machtübernahme im Land zu verhindern, die ihnen teilweise bedrohlicher erscheint, als ein Fortbestehen der konservativen Brexit-Regierung. Tony Blair selbst legte Theresa May Ende März nahe, dass sie im Falle einer Brexit-Abstimmungsniederlage im Unterhaus gar nicht neu wählen lassen müsste – was bisher in der breiten Öffentlichkeit erwartet worden war – sondern im Amt bleiben könnte, wenn sie ein zweites Brexit-Referendum abhält.

ANTISEMITISMUS-DEBATTE


Doch nicht nur der Brexit, auch der Umgang mit Antisemitismus-Vorwürfen in der Labour Party beschäftigt aktuell Corbyns Labour Party. In der traditionell pro-palästinensischen linken Szene Großbritanniens fehlt, wie in vielen anderen Ländern, oftmals die Sensibilität für die Grenze zwischen legitimer Kritik an der israelischen Regierungspolitik und Rückgriffen auf antiisraelische und antisemitische Codes. Das Ergebnis sind oft unerträgliche Aussagen einzelner Mitglieder, Kandidaten und Mandatare wie Ken Livingstone, dessen Mitgliedschaft vor zwei Jahren suspendiert wurde, nachdem er in seinen Statements zum Israel-Palästina-Konflikt wiederholt Hitler-Vergleiche verwendet hatte. Jeremy Corbyn beauftragte vor zwei Jahren die führende Menschenrechts-Juristin Shami Chakrabarti mit einem Bericht, wie Labour mit dem Problem des linken Antisemitismus umgehen solle. Doch die Empfehlungen des Berichts wurden im Parteiapparat nie vollständig umgesetzt. Ende März, wenige Tage nachdem Iain MacNicol durch die Corbyn-loyale Jennie Formby abgelöst wurde, schwappte das Thema mit voller Wucht wieder hoch. Corbyn selbst geriet unter heftigen Beschuss seiner innerparteilichen Gegner, weil er sich 2012 in einem Facebook-Posting kritisch zur Übermalung eines Wandgemäldes – das Corbyn nach eigenen Angaben nicht gesehen hatte und dessen Inhalt auch nicht Thema war, das aber antisemitische Klischees bediente – geäußert hatte. Viele UnterstützerInnen Corbyns sehen in der Debatte v.a. den Versuch seiner innerparteilichen Gegner, ihn zu diskreditieren.

Doch Corbyn und sein innerster Zirkel zeigen sich fest entschlossen, das Problem nachhaltig zu lösen und »Antisemitismus in der Partei auszuradieren«, statt sich in Selbstmitleid zu suhlen.¹⁶ In den Medien fasste ein Corbyn-Verbündeter die Debatte im Schattenkabinett so zusammen: »Es wurde akzeptiert, dass hier zwei verschiedene Dinge im Gang sind. Das Problem des Antisemitismus ist real und dieses Problem wird gerne von Corbyns Gegnern missbraucht. Aber der Umstand, dass es von Jeremys Gegnern missbraucht wird, heißt nicht, dass es nicht ein Problem darstellt.«¹⁷ Mit strengen Disziplinarmaßnahmen völliger Transparenz, einer Beschleunigung der innerparteilichen Verfahren und Bewusstseins-schulungen soll die neue Generalsekretärin Jennie Formby der jahrelangen Nachlässigkeit ein Ende bereiten. Corbyn selbst nahm seine innerparteilichen Kritiker ausdrücklich vor Angriffen und Hass-Botschaften in sozialen Medien in Schutz. Ob Corbyns Versuch, ein seit Jahrzehnten innerhalb der Linken bestehendes Problem zu lösen erfolgreich ist, aber auch

ob seine innerparteilichen Feinde diesen Versuch anerkennen, bleibt abzuwarten.

LOKALWAHLEN IM MAI

Anfang Mai werden in großen Teilen Englands die Kommunalverwaltungen neu gewählt. Diese Wahlen gelten, wie derzeit jedes größere politische Ereignis, als Lostag für die taumelnde Regierung Theresa Mays. Geraten sie zum Fiasko für die Konservativen, könnte selbst die Ausweisung weiterer russischer Diplomaten zu wenig sein, um sich im Amt zu halten.

Corbyns Strategie zum Brexit folgt einer klaren Logik: Die sozialen Rechte aller in Großbritannien lebenden Menschen können nur verteidigt werden, wenn nicht eine konservative Regierung den Brexit verhandelt. Der Weg zu einer vernünftigen Brexit-Lösung führt daher über den Sturz der Regierung, nicht umgekehrt. Und Corbyn scheint entschlossen, allen Anfeindungen zum Trotz an dieser Strategie festzuhalten. Das nächste Jahr bleibt in Großbritannien politisch spannend. 

LUDWIG DVOŘÁK

ist gf. Chefredakteur der ZUKUNFT.

1. <http://www.bbc.com/news/uk-politics-41064314>
2. <https://www.theguardian.com/politics/2018/mar/19/the-five-costs-of-uks-pyrrhic-brexite-victory>
3. <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/brexit-meilensteine-ueberall-1.3913813>
4. <https://www.scotsman.com/news/politics/theresa-may-praises-allies-as-action-against-russia-continues-1-4713265>
5. <https://www.theguardian.com/commentisfree/2018/feb/03/imperial-fantasies-brexit-theresa-may>
6. <https://www.theguardian.com/commentisfree/2018/mar/27/russia-novichok-europe-brexit-britain-eu>
7. <http://fishingnews.co.uk/news/gove-shorter-brexit-transition-period-for-fishing/>
8. <https://www.theguardian.com/politics/2018/mar/19/uk-and-eu-agree-terms-for-brexit-transition-deal>
9. <http://opinium.co.uk/political-polling-13th-march-2018/>
10. <https://www.theguardian.com/business/2018/mar/26/pay-is-falling-behind-productivity-with-brexit-voting-areas-worst-off>
11. <https://www.theguardian.com/politics/2018/feb/25/labour-backs-staying-in-eu-customs-union-keir-starmer-confirms>
12. <https://www.theguardian.com/politics/2018/feb/24/jeremy-corbyn-shifts-labour-soft-brexit>
13. <https://www.theguardian.com/commentisfree/2018/mar/23/labour-brexit-ireland-european-union>
14. <https://www.belfasttelegraph.co.uk/news/northern-ireland/decision-to-sack-smith-a-terrible-stalinist-purge-peter-hain-36738009.html>
15. <https://www.theguardian.com/politics/2018/mar/29/pm-should-not-quit-if-she-is-defeated-over-brexit-says-tony-blair>
16. <https://www.theguardian.com/politics/2018/mar/29/john-mcdonnell-says-labour-antisemitism-will-now-be-eradicated>
17. <https://www.theguardian.com/politics/2018/mar/27/jewish-leaders-to-tell-corbyn-what-has-to-happen-to-drain-political-sewer>

Ydessa Hendeles. Death to Pigs

KUNSTHALLE WIEN

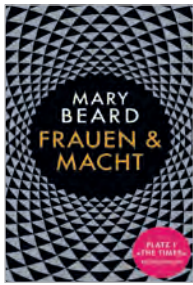


Ausstellungsansicht: Ydessa Hendeles. Death to Pigs:

Prize, Detail aus Death to Pigs

Ausstellungsansicht: Ydessa Hendeles. Death to Pigs, Kunsthalle Wien 2018, Foto: Stephan Wyckoff; Prize, 2015; Detail aus Death to Pigs, 2015–2016, © Ydessa Hendeles, Courtesy die Künstlerin

Frauen, Macht & Leistung



Mary Beard FRAUEN UND MACHT

Aus dem Englischen von Ursula Blank-Sangmeister. Ein leidenschaftlicher Aufruf an Frauen, sich jetzt die Macht zu nehmen. Mary Beard ist eine führende Intellektuelle und Althistorikerin, die zahlreiche Bestseller schrieb. Immer wieder mischt sie sich, Streitbar und humorvoll, in aktuelle Debatten ein. Frauenfeindlichkeit und Sexismus sind Themen, die sie nicht müde wird anzuprangern.
S. Fischer, 112 Seiten, 12,40 Euro



Miriam Meckel MEIN KOPF GEHÖRT MIR

Eine Reise durch die schöne neue Welt des Brainhacking. Der technologische Fortschritt hat das Gehirn ins Visier genommen. Mit dem Fortschritt wachsen die Erwartungen an unser Gehirn: Könnte unser Denken nicht effizienter werden? Brauchen wir wirklich acht Stunden Schlaf, um dem Gehirn Erholungsphasen zu ermöglichen? Können wir unsere Stimmungen nicht durch gezielte Hirnstimulationen aufhellen?
PIPER, 288 Seiten, 22,70 Euro



Rebecca Solnit WENN MÄNNER MIR DIE WELT ERKLÄREN

Aus dem Amerikanischen von Kathrin Razum und Bettina Münch. Ein Mann, der mit seinem Wissen prahlt, in der Annahme, dass seine Gesprächspartnerin ohnehin keine Ahnung hat – jede Frau hat diese Situation schon einmal erlebt. Rebecca Solnit untersucht dieses Phänomen und weitere Mechanismen von Sexismus. Sie deckt Missstände auf, die meist gar nicht als solche erkannt werden.
TEMPO VERLAG, 224 Seiten, 18,50 Euro



Susanne Schattenberg LEONID BRESCHNEW

Leonid Breschnew war von 1964 bis 1982 Vorsitzender der KPdSU und prägte fast zwei Jahrzehnte lang die Entwicklung der Sowjetunion. Breschnew war kein »Restalinisierer«, sondern hat »Wohlstand für alle« zur Generallinie der Partei erklärt. Die Osteuropahistorikerin Susanne Schattenberg legt die erste wissenschaftliche Biographie über Leonid Breschnew vor.
BÖHLAU, 661 Seiten, 41,00 Euro



Gisela Getty, Jutta Winkelmann KIDNAPPING PAUL

10. Juli 1973, Piazza Farnese, Rom: Der junge John Paul Getty III, Enkel des damals reichsten Mannes der Welt, wird von der Mafia entführt. Hautnah dabei sind zwei junge Frauen aus Kassel: die Zwillinge Gisela und Jutta, die Paul Getty gut kannten. Sie erinnern sich an ein dunkles Kapitel ihres bunten Lebens, das unlängst den Stoff für zwei Hollywood-Produktionen lieferte.
WEISSBOOKS, 192 Seiten, 22,70 Euro



Nina Verheyen DIE ERFINDUNG DER LEISTUNG

Wie wurde Leistung zu einer vermeintlich objektiven, individuellen Größe und wie haben sich soziale Beziehungen und Gefühle dadurch verändert? Warum definieren sich Menschen über ihre Leistung – oder über das, was sie und andere dafür halten? Nina Verheyen beschreibt, wie sich das Verständnis von Leistung gewandelt hat und erzählt die Geschichte einer Idee, die unser aller Leben prägt.
HANSER BERLIN, 256 Seiten, 23,70 Euro

Mondsee, Warschau & China



Michael Wildenhain
DAS SINGEN DER SIRENEN

Im Londoner East End hat niemand auf den Literaturwissenschaftler Jörg Krippen aus Berlin gewartet. Die Kleidung vom Nieselregen durchweicht sucht er nach einer Klingel, als eine junge Frau indischer Abstammung ihn anspricht.

Sie selbst ist in Brixton aufgewachsen und forscht im Bereich neuer Reproduktionstechnologien. Krippen verliebt sich rasch und heftig – und belügt sie.

KLETT-COTTA, 320 Seiten, 22,70 Euro



Madeleine Thien
SAG NICHT, WIR HÄTTEN GAR NICHTS

Aus dem Englischen von Anette Grube. Ein Roman über China von den 1940ern bis heute über zwei eng verbundene Musikerfamilien und ihr Schicksal. Die Lebensgeschichten der Musiker, ihrer Freunde, Familien und Geliebten, die in

den Strudel der Politik geraten, in das Auf und Ab von Revolution, Gewalt und Unterdrückung, führen zu der Frage: Wie kann der Mensch sich selbst treu bleiben?

LUCHTERHAND LITERATURVERLAG, 656 Seiten, 24,70 Euro



Szczepan Twardoch
DER BOXER

Aus dem Polnischen von Olaf Kühl. Der Aufstieg eines Verbrecherhelden zwischen Gewalt, Eleganz und Laster im Vorkriegs-Warschau: Jakob Shapiro ist ein hoffnungsvoller junger Boxer und überhaupt sehr talentiert. Das erkennt

auch der mächtige Warschauer Unterweltpate Kaplica, der Shapiro zu seinem Vertrauten macht. Doch rechte Putschpläne bringen das Imperium Kaplicas in Bedrängnis.

ROWOHLT BERLIN, 464 Seiten, 23,60 Euro



Angelika Klüssendorf
JAHRE SPÄTER

Angelika Klüssendorf erzählt, wie eine Liebe zwischen zwei radikalen Einzelgängern entsteht, die beide versuchen, ins Soziale zu finden und zu sich selbst. Es ist eine Geschichte von Öffnungsbereitschaft, glühender Gemeinsamkeit,

aber auch den unaufhaltsamen Fliehkräften, die das Paar auseinanderreiben. Ohne jemals Partei zu ergreifen, entwickelt »Jahre später« die Anatomie einer toxischen Partnerschaft.

KIEPENHEUER UND WITSCH, 160 Seiten, 17,50 Euro



Arno Geiger
UNTER DER DRACHENWAND

Es ist 1944, der Weltkrieg verloren, doch wie lang dauert er noch? Veit Kolbe verbringt ein paar Monate am Mondsee, unter der Drachenwand, und trifft hier zwei junge Frauen. Veit ist Soldat auf Urlaub, in Russland verwundet. Arno

Geiger erzählt von Veits Alpträumen, von der seltsamen Normalität in diesem Dorf in Österreich – und von der Liebe. Ein Roman über die Macht der Geschichte.

CARL HANSER, 480 Seiten, 26,80 Euro



Wioletta Greg
UNREIFE FRÜCHTE

Aus dem Polnischen von Renate Schmidgall. In ihrem autobiografischen Roman erzählt Wioletta Greg in poetischen Bildern eine Coming-of-Age-Geschichte im Polen der 1970er- und 1980er-Jahre. Seit 1981 herrscht das

Kriegsrecht unter General Jaruzelski, aber die großen politischen Ereignisse wirken sich nur gebrochen auf das Leben im schlesischen Dorf Hektary aus.

C. H. BECK, 143 Seiten, 19,50 Euro

Ydessa Hendeles. Death to Pigs

KUNSTHALLE WIEN





**Ausstellungsansicht: Ydessa Hendeles. Death to Pigs:
Detail aus From her wooden sleep...**

Ausstellungsansicht: Ydessa Hendeles. Death to Pigs, Kunsthalle
Wien 2018, Foto: Stephan Wyckoff: Detail aus From her wooden
sleep..., 2013, © Ydessa Hendeles, Courtesy die Künstlerin

16.-19. April 2018
Reed Exhibitions Messe Wien

Holen Sie sich Ihr vergünstigtes Ticket!

Teilnehmen an der **Konferenz:**
Mit diesem Inserat erhalten Sie

- 1-Tages-Ticket um 255€ statt 285€
- 4-Tages-Ticket um 700€ statt 740€

Besuch der **Ausstellung** und der **Interaktiven Zone:** Mit diesem Inserat

- ab 14:00 Uhr um **10€** statt **20€**

Mobilitätsservices | Automatisiertes Fahren | Sharing Mobility | Digitalisierung | Elektromobilität | Gütertransport
ländliche und urbane Raum- und Verkehrsplanung | Innovative Mobilitätskonzepte | Erste und letzte Meile



www.traconference.eu

ZUKUNFT ABONNEMENT



**Kupon ausschneiden
& einsenden an:**

VA Verlag GmbH
Kaiser-Ebersdorferstraße 305/3
1110 Wien

Ich bestelle ein **ZUKUNFT**-Schnupperabo (3 Hefte) um 12,- Euro
 ein **ZUKUNFT**-Jahresabo (11 Hefte) um 49,- Euro

Name: _____

Straße: _____

Ort/PLZ: _____

Tel.: _____

E-Mail: _____ **Unterschrift:** _____